



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD  
**Bundesamt für Polizei fedpol**

# BERICHT

2008

Mai 2009

**RECHENSCHAFTSBERICHT DES BUNDESAMTES FÜR POLIZEI fedpol**

## **DIE THEMEN**

Gerichtspolizeiliche Aufgaben

Nachrichtendienstliche Aufgaben

Sicherheitspolizeiliche Aufgaben

Verwaltungspolizeiliche Aufgaben

Unterstützende polizeiliche Aufgaben

EURO 2008

# RECHEN- SCHAFTS-

Rechenschaftsbericht des Bundesamtes für Polizei fedpol

# BERICHT 2008

---

Gerichtspolizeiliche Aufgaben

---

Nachrichtendienstliche Aufgaben

---

Sicherheitspolizeiliche Aufgaben

---

Verwaltungspolizeiliche Aufgaben

---

Unterstützende polizeiliche Aufgaben

---

EURO 2008

---

## **Impressum**

### KONZEPT UND REDAKTION

Bundesamt für Polizei fedpol  
Interpublicum AG, Ostermundigen  
Kommunikation Myriam Mauerhofer, Bern

### GESTALTUNG

HP Hauser / AVD, Bern

### DRUCK

Ritz AG Print und Media, Bern

### VERTRIEB

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern  
[www.bundespublikationen.admin.ch](http://www.bundespublikationen.admin.ch)  
Art.-Nr. 403.500 D (2'200 Ex.)

### COPYRIGHT

Bundesamt für Polizei 2009  
Auszugsweiser Nachdruck der Texte  
mit Quellenangabe gestattet.

# Inhalt

<b>Einleitung</b>	7
<b>Kapitel 1 Gerichtspolizeiliche Aufgaben</b>	
Ermittlungen Staatsschutz	9
Ermittlungen Terrorismus	9
Ermittlungen IT	10
Observationen	11
Menschenhandel / Menschenschmuggel	12
Pädophilie / Pornografie	13
Falschgeld	14
Betäubungsmittel	15
<b>Kapitel 2 Nachrichtendienstliche Aufgaben</b>	
Terrorismus	16
Extremismus	16
Verbotener Nachrichtendienst	17
Proliferation	17
Plattformen	18
Internationale Beziehungen (Verbindungsbüro)	18
<b>Kapitel 3 Sicherheitspolizeiliche Aufgaben</b>	
Sicherheit Personen	19
Sicherheit Gebäude	20
Führung und Analyse	21
<b>Kapitel 4 Verwaltungspolizeiliche Aufgaben</b>	
Sprengstoff und Pyrotechnik	22
Waffen	22
Kriegsmaterial	23
Massnahmen im Zusammenhang mit Ausländern	23
Bekämpfung von Gewalt bei Sportveranstaltungen	24
Gewaltpropaganda	25
Personensicherheitsprüfungen	26
KOBIK	26
MELANI	27
Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel (KSMM)	28
Meldestelle für Geldwäscherei MROS	29
Ausweisschriften	30
Koordinationsstelle im Bereich Identitäts- und Legitimationsausweise (KILA)	32
Nachforschungen nach vermissten Personen	33

<b>Kapitel 5</b>	<b>Unterstützende polizeiliche Aufgaben</b>	
	Einsatzzentrale fedpol	34
	Analyse	35
	Bundeslagezentrum	36
	Internationale Polizeikooperation	37
	Fahndungen RIPOL	40
	AFIS DNA Services	41
	Rechtsetzung	42
	Ressourcen	43
<b>Kapitel 6</b>	<b>EURO 2008</b>	45
<b>Glossar</b>		47

# Einleitung

Mit dem Rechenschaftsbericht (REBERI) vermittelt das Bundesamt für Polizei fedpol einen Überblick über die Schwerpunkte der Tätigkeiten im Jahr 2008 und gibt Aufschluss darüber, wie das Amt die zur Verfügung stehenden Ressourcen (Personal, Finanzen, Infrastruktur) eingesetzt hat.

**Bestandteile des REBERI** sind auch die wesentlichen Inhalte der aus rechtlichen und strukturellen Gründen separat publizierten Jahresberichte von Teilbereichen des Amtes (Meldestelle für Geldwäsche MROS, Melde- und Analysestelle Informationssicherheit MELANI und Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität KOBİK).

Nicht enthalten ist der «Bericht Innere Sicherheit der Schweiz» (BISS), der als eigenständige Publikation produziert wird.

**Adressaten des REBERI** sind die politischen Auftraggeber und Kontrollorgane, Polizeikreise, in- und ausländische Partnerbehörden sowie die Medien und die Öffentlichkeit.

**Reorganisation** Nebst der strategischen und operativen Arbeit war fedpol 2008 mit zwei grösseren Reorganisationsprojekten beschäftigt.

Das Amt hat den Bundesratsentscheid vom 21. Mai 2008 umgesetzt, die **mit nachrichtendienstlichen Aufgaben betrauten Teile** des Dienstes für Analyse und Prävention und das Bundeslagezentrum per 1. Januar 2009 **ins Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)** zu transferieren.

fedpol hat diesen Transfer dazu genutzt, um mit dem **Projekt «EQUILIBRE»** betriebliche Abläufe zu verbessern, Synergien zu nutzen und die Organisation punktuell zu verbessern.

Folgende Ziele wurden mit der Neuorganisation des Amtes erreicht:

- Synergiegewinn durch Konzentration der operativen Einheiten auf ihr Kerngeschäft
- Konzentration der Polizeiinfrastruktur in der Hauptabteilung Dienste
- Konzentration der internationalen Geschäfte in der Hauptabteilung «Internationale Polizeikooperation» (die bis Ende 2008 unter dem Namen SINDEC fungierte)
- Ausgewogene Führungsspanne der Direktunterstellten des Direktors
- «Equilibre» zwischen den Bereichen

Folgende Aufgabenbereiche wurden per 1. Januar 2009 verschoben:

Einheit / Aufgaben	Abteilung alt	Abteilung neu
Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (KOBİK)	DAP	BKP
Analyse, Allgemeine und Organisierte Kriminalität I und ½ II	DAP	BKP
Zentralstellen Waffen und Sprengstoff / Pyrotechnik	DAP	Dienste
Hooliganismus	DAP	Dienste
Verfügungen Ausländerdienst, Hooliganismus, Gewaltpropaganda	DAP	Stab
Sonderstab Geiselnahme und Erpressung (SOGE)	SINDEC	BSD
Einsatzzentrale	BKP	IPK
SIRENE	BKP	IPK
Polizeiattachés	BKP	IPK
Polizei- und Zollkooperationszentren CCPD	BKP	IPK
Informationstechnologie (IT)	Ressourcen / BKP	Dienste
Planung, Projektsteuerung, Standardisierung der Polizeilichen Informationsverarbeitung PPS	Ressourcen	Dienste
Meldestelle für Geldwäsche (MROS)	Dienste	Stab
Archivierung und Dokumentation (POLDOK)	Ressourcen	Stab

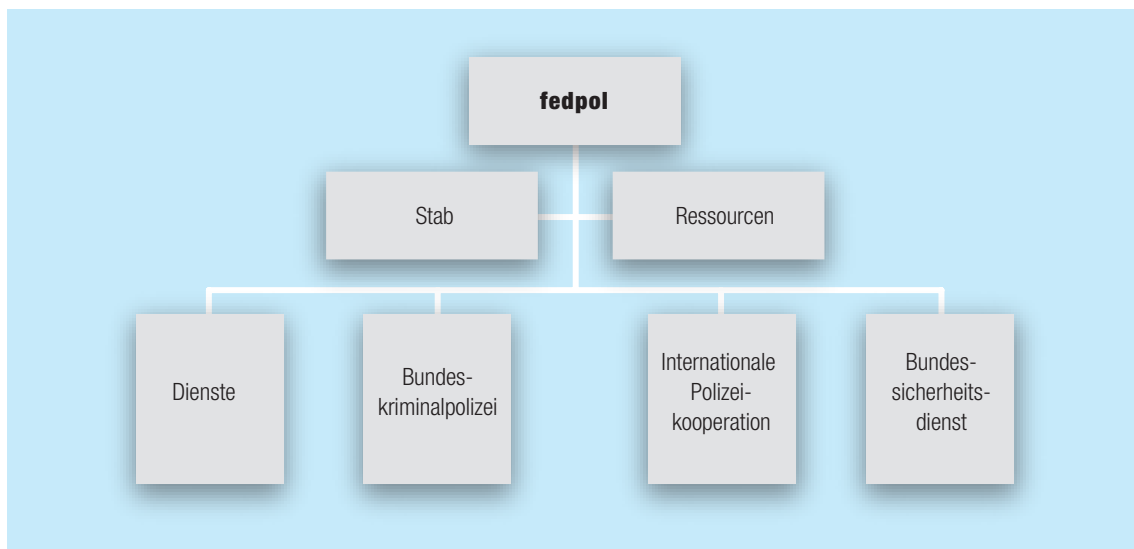
DAP = Dienst für Analyse und Prävention; BKP = Bundeskriminalpolizei; IPK = Internationale Polizeikooperation (bis 31. 12. 2008 SINDEC)

**Die neue Struktur des Amtes** ab 1.1.2009 ist **in den Factsheets im Umschlag** abgebildet, die einen Überblick über die Aufträge der verschiedenen Bereiche des Bundesamtes für Polizei vermitteln.

Der eigentliche Tätigkeitsbericht, der nach Aufgabenbereichen geordnet ist, beschreibt dagegen die Arbeiten der Einheiten, wie sie im Berichtsjahr strukturiert gewesen sind.

Detaillierte **statistische Angaben zu den Tätigkeiten** des Amtes finden sich schliesslich **auf der CD**, die auf der hinteren Innenseite des Umschlags beigefügt ist.

Sämtliche Berichte des Amtes, die früheren Jahresberichte der Bundeskriminalpolizei sowie die detaillierten Organigramme können unter **[www.fedpol.ch](http://www.fedpol.ch)** heruntergeladen werden.



Die gerichtspolizeilichen Aufgaben von fedpol wurden von der Bundeskriminalpolizei (BKP) wahrgenommen.

## Ermittlungen Staatsschutz

Die Abteilung Ermittlungen Staatsschutz ist zuständig für die Ermittlungen bei Delikten in den Bereichen Sprengstoff, Nachrichtendienst, Proliferation, Falschgeld, Luftfahrt, Korruption, bei Amtsdelikten und Humanitätsverbrechen.

### Internationale Rechtshilfe

Sie führt zudem Ermittlungen im Rahmen von internationalen Rechtshilfeverfahren. So führte im Berichtsjahr

ein Fall von **grenzüberschreitendem Drogenhandel** zu einem Rechtshilfeersuchen aus Deutschland. Der deutsche Haupttäter wurde im November 2008 durch das Landgericht Frankfurt am Main zu acht Jahren Freiheitsentzug, die drei Mittäter zu Strafen zwischen zweieinhalb und sechs Jahren verurteilt. Das daraus in der Schweiz generierte Verfahren dauert noch an.

Sechs Verfahren mit Bezug zum Güterkontroll-, Luftfahrt- und Kriegsmaterialgesetz sowie wegen Geldfälschung wurden 2008 vor Gericht verhandelt. Diese führten zu Schuldsprüchen wegen **Falschgelddelikten** sowie **Verstössen gegen das**

**Luftfahrtgesetz**. Die beiden Beschwerdeverfahren sind noch hängig.

In einem mehrteiligen Fall wurde das Verfahren wegen wirtschaftlichem Nachrichtendienst definitiv eingestellt, während das Verfahren wegen mutmasslicher **Verletzung des Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnisses** an den zuständigen Kanton delegiert wurde.

Im Verlaufe des Jahres wurden wiederum mehrere komplexe und aufwändige gerichtspolizeiliche Ermittlungsverfahren abgeschlossen und zur Voruntersuchung dem eidgenössischen Untersuchungsrichteramt überwiesen. Die internationalen Verknüpfungen, die grossen Mengen von IT-Daten und die von der Täterschaft häufig gewechselten Kommunikations- und Übermittlungsmittel erschweren einen raschen Abschluss der Fälle. Deshalb ist es zwingend, dass die Strafverfolgungsbehörden Knowhow und Kontaktnetz ständig erweitern.

## Ermittlungen Terrorismus

Die Abteilung Ermittlungen Terrorismus ist eine von Bern aus operierende Spezialabteilung. Sie ermittelt bei den von der Schweizerischen Bundesanwaltschaft eingeleiteten Untersuchungsverfahren in den Bereichen Terrorismus und Terrorismusfinanzierung. Sie führt auch die Ermittlungen in den vom Eidgenössischen Untersuchungsrichteramt geleiteten Voruntersuchungen durch. Zudem sammelt die Abteilung Informationen über Personen und Kreise in der Schweiz, von denen eine terroristische Gefahr ausgeht. Diese Angaben werden hauptsächlich über Institutionen wie Interpol, Europol und die Police Working Group on Terrorism (PWGT) ausgetauscht.

Zwei wichtige Fälle beschäftigten 2008 die Mitarbeitenden der Abteilung Ermittlungen Terrorismus zu mehr als sechzig Prozent und führten im Herbst 2008 zu umfangreichen Polizeieinsätzen.

### Zwei wichtige Fälle

Im ersten Fall leitete die Schweizerische Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen **mutmassliche Mitglieder der Ansar al-Islam** (Ansar al-Sunna) ein. Sie werden der Terrorismusfinanzierung und der Mitgliedschaft und Unterstützung einer kriminellen Organisation verdächtigt. Zudem stehen sie unter Verdacht, mit Menschen zu handeln. Am 11. November 2008 wurden in einer koordinierten



Operation vier Personen fest- und zwei Kinder in Gewahrsam genommen. Gleichtags wurden zwei Personen und die beiden Kinder wieder entlassen. Zwei Tatverdächtige befinden sich nach wie vor in Untersuchungshaft. Mitte 2009 wird das Ermittlungsverfahren ans Eidg. Untersuchungsrichteramt in die Voruntersuchung überwiesen.

Im zweiten Fall leitete die Schweizerische Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen **mutmassliche Mitglieder der extremistischen iranischen Bewegung Mudschahedin e-Khalq** ein. Sie stehen unter dem Verdacht, einer kriminellen Organisation anzugehören oder eine solche zu unterstützen. Des Weiteren wird ihnen Geldwäscherei und Betrug zur Last gelegt. Nachdem eine Gruppe von Personen eingehend überwacht worden war, kam

es im September dank konzertierten Polizeieinsätzen in der Schweiz und in Frankreich zu mehreren Festnahmen verdächtigter Personen. Die Auswertung des sichergestellten Beweismaterials und die Vernehmungen der Beschuldigten sind zeit- und personalintensiv. Voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2009 soll ein Antrag auf Einleitung einer Voruntersuchung gestellt werden.

Die Abteilung Ermittlungen Terrorismus war ausserdem mit einer Reihe von Fällen beschäftigt, bei denen es um islamistischen und insbesondere um tamilischen Extremismus ging. Die in den Vorermittlungen gewonnen Erkenntnisse dürften es erlauben, noch im ersten Halbjahr 2009 weitere Ermittlungsverfahren einzuleiten.

### Islamistischer Extremismus

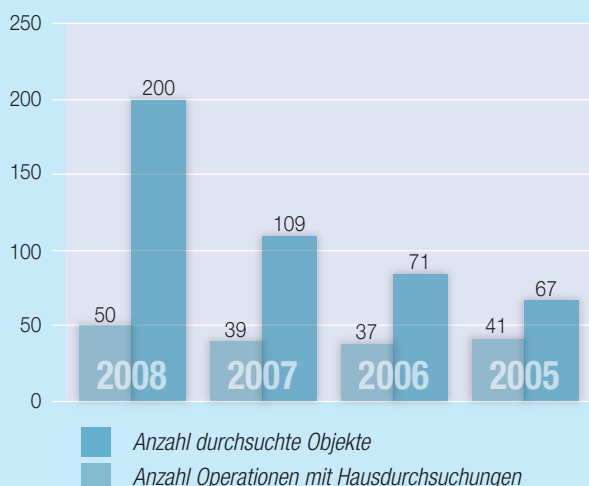
## Ermittlungen IT

Das Kommissariat Ermittlungen IT der Bundeskriminalpolizei befasst sich mit der Sicherstellung von Datenträgern und elektronischen Geräten sowie der forensischen Sicherung, Aufbereitung und Auswertung elektronischer Daten.

**Hausdurchsuchungen** Das Kommissariat hat 2008 anlässlich von 50 Hausdurchsuchungen **200 Objekte durchsucht** und dabei **480 Datenträger und elektronische Geräte** mit einer Gesamtkapazität von 42.5 Terabyte forensisch **ge-**

**sichert.** Während im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl durchgeführter Hausdurchsuchungen nur leicht angestiegen ist, hat sich die Anzahl durchsuchter Objekte beinahe verdoppelt. Die Menge der sichergestellten Geräte und Datenträger hat gegenüber 2007 um den Faktor 2.5 zugenommen und das Gesamtvolumen der zu analysierenden Daten ist um mehr als das Dreifache angestiegen.

Zusätzlich zu diesen Hausdurchsuchungen wurden die IT-Ermittlungen in rund 40 anderen, in den letzten Jahren eingeleiteten Verfahren weitergeführt.



**Gründe für die deutliche Zunahme des Datenvolumens** im Berichtsjahr sind:

- Die Speicherkapazität von Datenträgern aller Art wächst kontinuierlich.
- Datenträger in elektronischen Geräten wie beispielsweise Mobiltelefone, Smartphones und elektronische Agenden nehmen zu.

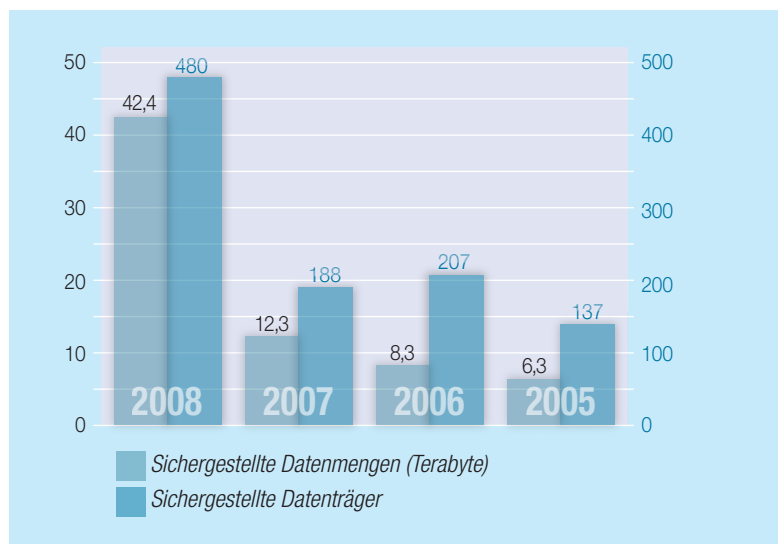
Folgende Trends sind erkennbar:

### Trends

- Mobile Geräte zur Kommunikation und Datenverarbeitung nehmen zu.
- Das Sicherheitsbewusstsein der Täterschaft nimmt zu (z.B. Daten-Verschlüsselung und starke Authentifizierung).

- Das Internet wird für (verschlüsselte) Sprachkommunikation und als globale Datenablage verwendet.
- Zur Ausführung, Unterstützung und Verschleierung von weltweiten Delikten werden auf dem Internet basierende Infrastrukturen aufgebaut und eingesetzt (z.B. Bot-Netzwerke).
- Internetdienste und -server werden vermehrt angegriffen (z.B. durch den Einsatz «intelligenter Malware» und im Zusammenhang mit «Phishing»-Attacken).

Als Konsequenz dieser Entwicklungen wurden das Kommissariat Ermittlungen IT personell verstärkt und die bestehende Infrastruktur zur Datenhaltung und -aufbereitung weiter ausgebaut. Zudem wurden die Kompetenzen in den Bereichen Kryptologie, Netzwerk-Forensik, drahtlose Kommunikation sowie Malware-Analyse ausgebaut sowie die Zusammenarbeit mit bewährten Partnern intensiviert.



## Observationen

Die Abteilung Observation ist zuständig für systematische Beobachtungen im öffentlichen Raum sowie für den verdeckten Einsatz von genehmigungspflichtigen technischen Überwachungsmaßnahmen im privaten Bereich.

**Einsätze** 2008 wurden im Rahmen von 39 operativen Geschäften **359 Observationseinsätze** sowie **40**, auf technischen Einsatzmitteln basierende **Aufklärungseinsätze** geleistet. Auch im Berichtsjahr hat es sich bewährt, eine autonome Observationsgruppe zu führen, die sich schwergewichtig der Observationstechnik widmet. Die gezielten Videoaufklärungen tragen dazu bei, die Observationseinsätze effizienter durchzuführen und Ressourcen schonender einzusetzen.

### Verfahren – Einsätze

	2008	2007	2006	2005
Anzahl operative Geschäfte	39	40	40	34
<b>Total Einsätze</b>	<b>399</b>	<b>400</b>	<b>336</b>	<b>347</b>

Die Einsätze verteilen sich 2008 wie folgt:

Anzahl Einsätze	Gebiet
88	Raum Bern-Mittelland-Base
112	Westschweiz, Wallis
45	Tessin, Graubünden
154	Zürich-Ostschweiz

Die Einsätze konzentrierten sich aufgrund der vorhandenen Kapazitäten auch 2008 auf bundeseigene Ermittlungsverfahren (95%), obschon die Anfragen von Dritten, vorwiegend von ausländischen Behörden, zunahm. Entsprechend mussten ausländische Observationseinsätze vermehrt durch kantonale Einheiten unterstützt oder durch die ausländischen Einheiten selber geführt werden.

### Im Rahmen **bundeseigener Ermittlungsverfahren** stiegen die operativen **Mobile Anlagen**

stiegen die operativen Massnahmen 2008 um 4 Prozent. Schwerpunktmässig wurden Audio- und Videomassnahmen verdeckt verbaut und Geräte eingesetzt, um Personen zu lokalisieren.

Die **Ersuchen von Dritten** gingen gegenüber dem Vorjahr von 84 auf 73 zurück und verteilten sich auf

16 inländische und 2 ausländische Dienststellen. Im Vordergrund stand, den Einsatz oder Einbau von Überwachungstechnik zu unterstützen, Material zur Verfügung zu stellen sowie Personen oder Gegenstände zu lokalisieren.

Einsätze nach Deliktsbereichen	
Betäubungsmittel	35%
Organisierte Kriminalität	31%
Geldwäscherei	11%
Terrorismus / Terrorismusfinanzierung	7%
Staatsschutzdelikte	4%
andere Delikte	12%

**Zielfahndung** Die Einsatzgruppe TIGRIS ist in den Fachbereich Zielfahndung sowie den Fachbereich Einsatzgruppe / Ausbildung unterteilt.

Als Einsatzgruppe führte das Kommissariat im Jahr 2008 insgesamt **40 kriminalpolizeilich begründete Einsätze** durch, welche entweder im Rahmen von

bundeseigenen Ermittlungsverfahren, ausländischen Rechts- oder Amtshilfeanfragen oder zur Unterstützung von kantonalen Verfahren erfolgten. Insgesamt waren im Berichtsjahr 12 Kantone betroffen.

Im Weiteren bearbeitete das Kommissariat **8 Zielfahndungsfälle**, mit dem Auftrag, flüchtige und national oder international zur Verhaftung ausgeschriebene Straftäter zu suchen und zu verhaften. In zwei Fällen kam es zu direkten Festnahmen in der Schweiz und im Zuge der internationalen Zusammenarbeit zu weiteren Verhaftungen der Zielpersonen durch die Behörden im Ausland. Im Rahmen der Instruktionaufgaben wurden rund 350 Mitarbeiter von fedpol aus- und weitergebildet, je nach Funktion auf Zwangsmassnahmen wie Anhaltungen, Eigenschutzmassnahmen oder Schusswaffengebrauch. Dies beinhaltet auch die Vermittlung von taktischen Grundsätzen in der Verhaltensweise bei Hausdurchsuchungen oder anderen Zwangsmassnahmen.

## Menschenhandel / Menschenschmuggel

Das Kommissariat Menschenhandel / Menschenschmuggel unterstützt als nationale Zentralstelle die Strafverfolgungsbehörden des In- und Auslandes, Menschenhandel und Menschenschmuggel zu verhindern und zu bekämpfen. Es koordiniert die Verfahren und unterhält ein internationales Verbindungsnetz.

Im Berichtsjahr unterstützte das Kommissariat erfolgreich mehrere komplexe Koordinationsverfahren. Zwei davon werden nachfolgend dargestellt.

**Menschenhandel** In einer Operation unterstützte das Kommissariat Menschenhandel / Menschenschmuggel während rund 300 Arbeitsstunden die Staatsanwaltschaft Zürich-Limmat und die Stadtpolizei Zürich. Drei deutschen Staatsangehörigen wurde vorgeworfen, in der **Dominikanischen Republik** junge, teils minderjährige Frauen unter falschen Versprechungen in die Schweiz gebracht und anschliessend zur Ausübung der Prostitution gezwungen zu haben. Dieser Vorwurf beruhte auf Aussagen eines Opfers in Zürich. Der Hauptverdächtige wurde im April 2007 im Kanton Luzern verhaftet und in Untersuchungshaft gesetzt.

Anlässlich der Hausdurchsuchung an seinem Domizil in der Schweiz konnten Beweismittel und Indizien sichergestellt werden, die auf sechs weitere Opfer in der Dominikanischen Republik hindeuteten.

Mit einem schweizerischen Rechtshilfeersuchen gelang es im Frühjahr 2008 einer Schweizer Delegation, in der Dominikanischen Republik in enger Zusammenarbeit mit der dortigen Generalstaatsanwaltschaft, mit Interpol Santo Domingo und der Schweizer Botschaft einen Teil der Opfer zu lokalisieren und sie als Zeuginnen zu verwertbaren Aussagen zu bewegen. Ferner sicherte der Generalstaatsanwalt zu, ein eigenes Verfahren zu eröffnen, um noch flüchtige Organisatoren dingfest zu machen.

Im November 2008 wurde der Hauptverdächtige vom Bezirksgericht Zürich wegen Menschenhandels und Förderung der Prostitution zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren, davon 18 Monate bedingt auf zwei Jahre, verurteilt. Der Beschuldigte hatte die Strafe bereits durch die Untersuchungshaft verbüsst und wäre auf freien Fuss gesetzt worden.

Dank einem rechtzeitig von den brasilianischen Justizbehörden wegen ähnlichen Delikten beschafften Auslieferungsersuchen konnte er umgehend in Auslieferungshaft gesetzt werden.

**Menschenschmuggel** Seit einigen Jahren wird ein grosser Strom von **Migranten aus dem Irak** nach West- und Nordeuropa festgestellt. Diese Migranten werden meist über die Türkei und Griechenland nach Italien geschleust, und von dort weiter in die Zielstaaten gebracht, vornehmlich nach Schweden, Grossbritannien und Deutschland. Dort verbleiben sie teils als Asylgesuchsteller, teils aber auch ohne legalen Aufenthaltsstatus.

Die Schleusungen führten lange Zeit um die Schweiz herum, obwohl die Schleusungsfahrer – sowohl Landsleute der Geschleusten als auch Schweizer Staatsbürger – häufig in der Schweiz wohnhaft waren.

Seit Mitte 2008 gab es vermehrt Hinweise, dass die Schleusungen direkt von Italien durch die Schweiz Richtung Norden führen, was sich durch vom Grenzwachkorps aufgegriffene Personen bestätigte.

Zudem wurden in der Schweiz zunehmend Fahrzeuge mit Überführungskontrollschildern, so genannten Exportschildern, eingelöst. Die Schilder können problemlos bei Schweizer Strassenverkehrsämtern beschafft werden und tauchen teils Monate nach Ablauf ihrer Gültigkeit bei Schleusungsfahrten im Ausland wieder auf. Zurzeit wird geprüft, wie die missbräuchliche Verwendung der Schilder eingeschränkt werden kann.

Die Zahl der Schleusungen von Irakern stieg rasant an: Im Jahr 2006 wurden noch 16 Meldungseingänge verzeichnet, 2007 waren es 169 und im Berichtsjahr sogar 293.

Die Bedeutung des Phänomens zeigt sich auch an der rapiden Zunahme der Europol-Meldungseingänge von 19 im Jahr 2007 auf 118 im Jahr 2008. Das Kommissariat Menschenhandel / Menschenenschmuggel investierte seit 2006 rund 1700 Stunden in ein diesbezügliches Koordinationsverfahren, davon 970 Stunden im Jahr 2008.

Statistiken und Kommentare zu den Geschäftseingängen 2008 sind im Statistikteil auf der CD enthalten.

## Pädophilie / Pornografie

Das Kommissariat Pädophilie / Pornografie koordiniert und unterstützt als Zentralstelle nationale und internationale Verfahren und Polizeiaktionen im Bereich der illegalen Pornografie (Kinder-, Gewalt- und Tierpornografie sowie Pornografie mit menschlichen Ausscheidungen) und der sexuellen Handlungen an Kindern.

Das Kommissariat verarbeitete 2008 über 1'800 Meldungseingänge, 33 Prozent mehr als im Vorjahr.

Eingangsmeldungen (in %)	2008	2007
Sexuelle Handlungen mit Kindern	23	17
Pornografie mit Kindern	48	49,6
Pornografie mit Tieren	7	8,5
Pornografie mit Ausscheidungen	7	7,3
Pornografie mit Gewalt	4	4,3
Pornografie allgemein	11	13,3

Die Zahlen liegen im Rahmen der letzten Jahre, die Meldungen über sexuelle Handlungen mit Kindern haben jedoch 2008 stark zugenommen.

In diesem Zusammenhang läuft seit Frühjahr 2008 ein **Ermittlungsverfahren gegen verschiedene Männer**, die ihre Söhne im Alter zwischen 6 und 11 Jahren sexuell missbraucht und für sexuelle Handlungen angeboten haben.

2008 koordinierte das Kommissariat **acht mittlere bis grössere Operationen** mit 145 in der Schweiz wohnhaften Tatverdächtigen. Dazu erstellte es verschiedene Dossiers von einzelnen Personen, welche vorwiegend über Tauschbörsen kinderpornografische Dateien heruntergeladen oder angeboten hatten.

Die Schweiz war zudem an einer Operation beteiligt, bei der deutsche Behörden **wegen Verdachts der gewerbmässigen Verbreitung von Schriften mit kinderpornografischem Inhalt ermittelten**. Der deutsche Tatverdächtige stellte in Leipzig entsprechende Datenträger her und lieferte diese mit seinem Personenwagen in Deutschland, Öster-

reich und der Schweiz aus. In einer koordinierten Aktion wurden 28 Hausdurchsuchungen durchgeführt und bei 16 Personen konnte kinderpornografisches Material sichergestellt werden. Zwei Personen waren in der Schweiz wohnhaft.

Nach einer Verdachtsmeldung von Interpol wegen **Verbreitung von Kinderpornografie** über das Internet löste die Kantonspolizei Waadt eine Operation aus. Unbekannte hinterlegten auf einer legalen Schweizer Webseite kinderpornografische Videodateien. Die Kantonspolizei Waadt identifizierte 31 Tatverdächtige in der Schweiz und leitete die Verdachtsdossiers an die Untersuchungsbehörden weiter. Insgesamt waren 77 Länder betroffen, welche vom Kommissariat Pädophilie / Pornografie

über die Operation in Kenntnis gesetzt wurden. 30 Länder ersuchten um Zustellung der entsprechenden Unterlagen oder Beweismittel.

Seit dem 09.09.2008 besteht für die Öffentlichkeit die Möglichkeit, Verdachtsmeldungen oder Wahrnehmungen in Zusammenhang mit **Kindersextourismus** mit einem speziell erschaffenen Formular zu melden. Das Formular ist in dieser Form weltweit einzigartig und wurde in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Kinderschutz Schweiz entworfen. Bisher wurden fünf Meldungen übermittelt, welche überprüft und bearbeitet wurden. Da noch Abklärungen im Gange sind, können keine Angaben zu den einzelnen Meldungen gemacht werden.

**Meldeformular**

## Falschgeld

Das Kommissariat Falschgeld überprüft und registriert falsche und verfälschte Noten und Münzen. Strafverfahren im Bereich Falschgeld werden grundsätzlich unter der Leitung der Bundesanwaltschaft geführt oder an die kantonalen Strafverfolgungsbehörden abgetreten. Das Kommissariat Falschgeld unterstützt die Ermittler der kantonalen Polizeikommandi sowie der BKP bei Falschgeldverfahren und koordiniert umfangreiche und komplexe Fälle zwischen den betroffenen Kantonen sowie ausländischen Strafverfolgungsbehörden.

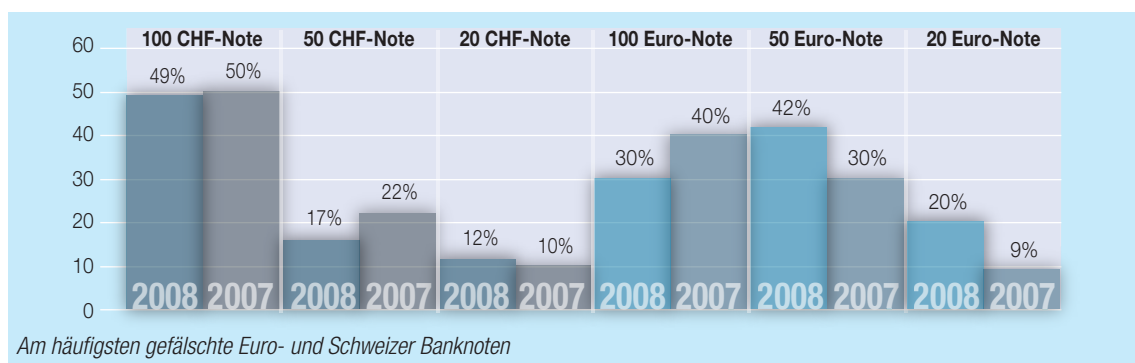
Ein wichtiger Teil der Falschgeldbekämpfung ist die Prävention: diese umfasst Fachberatungen, Vorträge, Warnmeldungen an Finanzinstitute und Medien sowie den Informationsaustausch mit der Schweizerischen Nationalbank, den Sicherheitsdiensten der Banken, mit Privatfirmen, die Produkte herstel-

len, die im Banknotendruck Anwendung finden, sowie mit Herstellern von Banknoten- / Münzenprüfgeräten und mit Geldverarbeitern.

Im Berichtsjahr 2008 überprüfte das Kommissariat Falschgeld **total 11'713 Münzen und Banknoten von 19 verschiedenen Währungen** auf deren Echtheit. 2'572 konnten als echt und **9'141 als Falsifikate identifiziert** werden. Insgesamt gingen beim Kommissariat 4'659 Falschgeldmeldungen ein. Zusätzlich bearbeitete der Fachbereich, gestützt auf Meldungen von Interpol und Europol, 75 Fälle von im Ausland sichergestellten Falsifikaten.

85 Prozent der sichergestellten Schweizer Banknoten-Fälschungen wurden mittels Tintenstrahldruckern hergestellt. In

**Schweiz**



der Regel handelt es sich um vor- und rückseitige Ausdrücke ohne Nachahmung von Sicherheitsmerkmalen. Diese Falsifikate sind relativ leicht erkennbar. Bei einigen aufgetretenen Fälschungen wurde lediglich der Fensterfaden (Sicherheitsfaden, der im Papier eingebettet und einseitig fensterartig frei liegt) oder das Kinegram mit einem Silberstift nachgeahmt. Bei den restlichen 15 Prozent Falschnoten handelt es sich um Ausdrücke von Farblaserdruckern oder Kopierern.

**Euro** Euro-Fälschungen wurden zwar **mengenmässig mehr, wertmässig jedoch weniger sichergestellt**, nämlich 3'596 Noten (2007: 3'389) mit einem Gesamtwert von 249'460 Euro (2007: 334'868).

Im Durchschnitt war in den letzten Jahren Falschgeld in der Höhe von rund 300'000 Franken im Umlauf. Im Vergleich zum durchschnittlichen Bar-

geldumlauf von 38 Milliarden Schweizer Franken ist diese Summe relativ gering, und es kann daraus geschlossen werden, dass die zirkulierenden «Blüten» gesamthaft betrachtet zu keinen gravierenden Störungen der Schweizer Wirtschaft führten.

Statistik	2008	2007
Eingegangene Anzeigen	4'734	4'645
Eingegangene Interpol- / Europol-meldungen mit Bezug zu sichergestellten Falsifikaten	75	66
Überprüfte Währungen	19	26
Sichergestellte Banknoten / Münzen	11'713	11'696
davon echte Banknoten / Münzen	2'572	3'480
Berichte an die BA für die Abtretung von Verfahren an die Kantone	367	319
Berichte an die BA für die Einstellung von Verfahren		
- gegen Tatverdächtige	245	252
- gegen Unbekannt (=eröffnet und eingestellt)	3'520	3'372

## Betäubungsmittel

Das Kommissariat Betäubungsmittel (BM) unterstützt Bund, Kantone und das Ausland bei der Verhinderung und Bekämpfung des illegalen Handels mit Betäubungsmitteln.

Insgesamt gingen monatlich rund 400 Meldungen ein, welche analysiert, ausgewertet, und mit eigenen Erkenntnissen ergänzt, an in- und ausländische Dienststellen weiter geleitet wurden. Daraus resultierten 39 so genannte Koordinationsfälle, die vertiefter bearbeitet wurden. Weiter wurden 43 Fälle mit Koordinationsbedarf betreut.

Das Kommissariat hat 2008 die Zahl der offenen Geschäfte um mehr als 50% reduziert.

**Grundstoffe für Drogen** Als Beispiel sei ein Ermittlungsverfahren erwähnt, über welches die deutschen Behörden das Kommissariat im Juli 2007 in Kenntnis setzten. Im Fokus stand eine Person, die in grossem Umfang Grundstoffe zur Drogenherstellung wie Gamma-Butyrolacton (GBL), Butandiol (BDO) und Benzylpiperazin (BZP) über zwei Internetshops an Privatpersonen verkaufte. Zu den Kunden gehörten auch über 130 in der

Schweiz wohnhafte Personen und diverse Schweizer Firmen.

Anlässlich einer grenzüberschreitend koordinierten Aktion wurden 2008 nach einem Jahr intensiver Abklärungen gleichzeitig in Deutschland, Österreich und der Schweiz rund 600 Hausdurchsuchungen durchgeführt und Dutzende von Personen befragt.

So konnten **in der Schweiz zwei voll funktionierende Drogenlabore, grössere Mengen GBL sowie weitere Grundstoffe** aufgefunden und **sichergestellt** werden. Dabei gab eine der verhafteten Personen die Produktion von rund 100 Kilogramm Gamma-Hydroxybuttersäure (GHB) zu. Das Kommissariat Betäubungsmittel wendete insgesamt rund 600 Arbeitsstunden für diesen Fall auf.

Als Folge der geglückten Operation konnte dank grossem Medienecho schweizweit auf die Problematik der Herstellung und des illegalen Konsums von GBL und ähnlichen Stoffen aufmerksam gemacht und damit ein wichtiger präventiver Beitrag geleistet werden.



**Die nachrichtendienstlichen Aufgaben von fedpol wurden vom Dienst für Analyse und Prävention (DAP) wahrgenommen.**

## Terrorismus

Die Tätigkeiten des Fachbereichs Terrorismus sind vorwiegend nachrichtendienstlicher Natur, weshalb die konkreten Aktivitäten und Inhalte grösstenteils klassifiziert sind und nicht detailliert dargelegt werden können.

Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus wurden im Berichtsjahr insgesamt mehr als 1'700 Arbeitsvorgänge behandelt. Der zielgerichtete Austausch strategischer und operativer Informationen ist angesichts der komplexen transnationalen Terrororganisationen eine wichtige Grundlage für eine effiziente nationale und internationale Zusammenarbeit. Die Fachbereichsverantwortlichen des DAP nahmen deshalb in nationalen und internationalen Gremien ihre Rolle wahr.

Die beiden Schwerpunkte des Fachbereichs Terrorismus bildeten 2008:

### Schwerpunkte

- die weltumspannenden Aktivitäten der **Kern-al-Qaida**, welche vom afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet aus agiert und
- die dynamische Entwicklung der Aktivitäten der **al-Qaida im islamischen Maghreb**, welche von Nordafrika aus operiert.

Bedeutende Aufgaben waren zudem das **Monitoring des Internet als wichtiges Informationsgefäss des internationalen Dschihadismus**, sowie die Beobachtung der **Aktivitäten des ethno-nationalistischen Terrorismus** in- und ausserhalb Europas (unter anderen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und der Befreiungstiger von Tamil Eelam).

Der Umfang an amts- und departementsübergreifenden Geschäften nahm im Berichtsjahr markant zu. Ausserdem leistete der Bereich mit öffentlichen Referaten und Tagungen einen Beitrag zur präventiven Sensibilisierung der Bevölkerung.

## Extremismus

Im Fachbereich Extremismus lagen die Schwerpunkte wie üblich in den Bereichen Rechts- und Linksextremismus.

Die Zunahme der Aufträge zeigt auch die **intensivierten Bemühungen** der Behörden, **rechtsextreme Aktivitäten**, namentlich über den Musikbereich (Konzerte, CD-Verkauf etc.) **zu verhindern**. Auch das zunehmend konspirative Verhalten der rechtsextremen Szene führte zu mehr Aufträgen, und die vermehrte Teilnahme von Schweizer Aktivisten an Anlässen im Ausland, namentlich in Italien und Deutschland, verursachte eine intensivere Zusammenarbeit mit den entsprechenden Ländern.

Im Bereich Linksextremismus stieg **Linksextremismus** die Auftragszahl auf 36 Prozent (32%). Die Zunahme ist primär darauf zurückzuführen, dass **die linksextreme Szene der Schweiz vermehrt international auftritt** und agiert, was

### Rechtsextremismus

Im Bereich Rechtsextremismus stieg der Anteil der erteilten Aufträge auf 41 Prozent im Jahr 2008 (Vorjahr 34%). Ein Grund für die Zunahme ist die EURO 2008, weil nicht ausgeschlossen werden konnte, dass Rechtsextreme diese dazu nutzen würden, um auf sich aufmerksam zu machen. Zudem verkehren 10 bis 15 Prozent der Hooligans auch in rechtsextremen Kreisen. Vor und während der EURO 2008 intensivierte der DAP deshalb seine Beobachtungen in diesem Spektrum, um geplante Störaktionen zu erkennen und zu verhindern.

mehr Anfragen aus dem Ausland mit sich bringt. Zudem spielte auch hier die EURO 2008 eine Rolle, da in deren Vorfeld und während der Austragung die Beobachtung der Szene intensiviert wurde.

### Extremismus Südosteuropa

Die Aufträge im Bereich Extremismus Südosteuropa reduzierten sich auf 13 Prozent (17%). In der Zeitspanne der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo lagen sie leicht höher, anschliessend pendelten sich die Auftragszahlen wieder ein. Dass dem trotz der vielschichtigen politischen und sicherheitsrelevanten Ereignisse in dieser Region so ist, liegt daran, dass die extremistischen Gruppierungen und die Diasporagemeinde in der Schweiz kaum Aktivitäten erkennen liessen.

Im Bereich Gewalttätiger Tierschutz reduzierte sich die Auftragslage im Berichtsjahr auf 10 Prozent (16%).

### Gewalttätiger Tierschutz

Es gab weniger Aktionen gewalttätiger Tierschützer. Vor allem sind die Aktivitäten ausländischer Tierrechts-Extremisten auf Schweizer Boden rückläufig. Im Mai 2007 waren in Grossbritannien prominente Aktivisten verhaftet worden.

#### Auftragsschwerpunkte im Fachbereich Extremismus

Rechtsextremismus	41%
Linksextremismus	36%
Extremismus Südosteuropa	13%
Gewalttätiger Tierschutz	10%

## Verbotener Nachrichtendienst

Verbotener Nachrichtendienst wird weltweit in den Bereichen Politik, Militärtechnologie, Industrie und Wissenschaft betrieben. Besonders die politische beziehungsweise sicherheitspolitische Spionage (UNO und andere internationale Organisationen) aber auch die Wirtschaftsspionage sind unverändert von Bedeutung. Der DAP erteilte im Berichtsjahr zahlreiche Aufträge zur Informationsgewinnung. Die Informationen stammen vornehmlich aus DAP-Quellen, von ausländischen Partnerdiensten, aber auch aus öffentlich zugänglichen Quellen.

Im Berichtsjahr wurden gegen 21 ausländische Personen **Einreiseverbote** zum Schutz vor verbotenen Spionagetätigkeiten verfügt (Vorjahr: 8). Zudem wurde beim EDA in fünf Fällen die **Verweigerung der diplomatischen Akkreditierung** beantragt (Vorjahr: 3).

Fremde Nachrichtendienste versuchen, in der Schweiz systematisch an potenzielle Informanten zu gelangen, dies auch unter diplomatischer oder journalistischer Tarnung. Deshalb führte der DAP weiterhin **Sensibilisierungsgespräche** mit Personen, Firmen und Institutionen durch, welche im Fokus nachrichtendienstlicher Aktivitäten sein könnten.

## Proliferation

Der DAP nimmt bei der Bekämpfung der Proliferation unterschiedliche Aufgaben wahr. Mit dem eigens geschaffenen Programm «Prophylax» sensibilisiert der Dienst Betroffene für die Problematik der Proliferation und der Wirtschaftsspionage.

### Sensibilisierung

Das Programm «Prophylax» ist auf **Unternehmen und akademische Institutionen** in der Schweiz ausgerichtet. In der Re-

gel sind es Mitarbeitende spezialisierter, kantonaler Dienststellen, die seit Herbst 2004 über 700 Unternehmen und Institutionen besucht haben; allein im Jahr 2008 fanden über 100 Besuche statt. Im Rahmen des Programms werden auch an der École des Hautes Etudes Commerciales de l'Université de Genève zweimal im Jahr Informationsvorträge zum Thema Proliferation und Wirtschaftsspionage gehalten.



## Plattformen

### Plattform Organisierte Kriminalität

Die Plattform behandelte im Berichtsjahr Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität aus den Räumen der **Gemeinschaft Unabhängiger Staaten** (GUS). Die Fachspezialisten analysierten wiederum eine in der Schweiz niedergelassene Firmenstruktur mit möglichen Verbindungen zur Organisierten Kriminalität. Das Ziel des Projekts ist ein umfassender Analysebericht. Zudem wurden über die Plattform Daten abgeglichen (Namen und Telefonnummern) sowie Erkenntnisse und Erfahrungen unter den Fachspezialisten der beteiligten Dienste ausgetauscht.

Die Plattform Terrorismus beschäftigte sich mit den verschiedenen Erscheinungsformen des **islamistischen Gewaltextremismus**, der dieses Jahr zwei Brennpunkte aufwies: Die Tätigkeit der al-Qaida im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet und die zunehmende Dynamik der al-Qaida im islamischen Maghreb in Nordafrika. Spezielle Aufmerksamkeit wurde während der EURO 2008 dem Monitoring des Internet gewidmet, was zu entsprechenden Gefährdungseinschätzungen führte. Zu den weiteren Tätigkeiten der Plattform zählten die monatlichen Beiträge zur Lagedarstellung für die Lenkungsgruppe Sicherheit und den Sicherheitsausschuss des Bundesrates sowie Anfragen gemeinsamer Partnerdienste, die fallweise abgeglichen, koordiniert und gemeinsam bearbeitet wurden.

### Plattform Terrorismus

## Internationale Beziehungen (Verbindungsbüro)

Die Verordnung über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit sieht vor, dass der DAP die Verbindungen zu ausländischen Sicherheitsbehörden gewährleistet, die mit Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit betraut sind. Zudem vertritt der DAP die Schweiz in internationalen Gremien.

Im Laufe der vergangenen Jahre hat der DAP seine internationalen Beziehungen beträchtlich ausgedehnt. Das Hauptaugenmerk galt dabei der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit innerhalb Europas.

Mittlerweile unterhält der DAP **mehr als 110 Kontakte** zu ausländischen Polizei- und Sicherheitsdiensten wie auch zu Inlands- und Auslandsnachrichtendiensten. Jede Auslandsverbindung des DAP bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Bundesrates. Seit Anfang 2004 hat die Zahl der Kontakte mit neuen Partnerstellen um 42 Prozent zugenommen.

Die Zahl der auf elektronischem Weg übermittelten **Meldungen** nimmt laufend zu. Im Jahr 2008 gingen rund 8'200 Meldungen ein (+ 17% gegenüber 2007), während sich die Zahl ausgehender Meldungen Berichtsjahr auf über 10'900 belief (+ 21%).

Informationen werden aber auch bei Zusammenkünften von Arbeitsgruppen und operativen Treffen von Polizeikommissären, Analytikern und Fachleuten ausgetauscht. Im Jahr 2008 nahm der DAP an rund einhundert im Ausland veranstalteten Treffen und an mehreren hundert bilateralen Zusammenkünften in der Schweiz teil.

Der DAP organisierte und leitete 2008 zwei massgebliche multilaterale Treffen von Fachleuten aus Inlandsnachrichtendiensten. Das eine Treffen war dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen, das andere dem Thema des gewalttätigen Extremismus gewidmet.

Die sicherheitspolizeilichen Aufgaben von fedpol wurden vom Bundessicherheitsdienst (BSD) wahrgenommen.

## Sicherheit Personen

**Ausländische Besucher** Das Kommissariat Sicherheit ausländische Besucher sorgt für die **Sicherheit völkerrechtlich geschützter Personen** anlässlich von Konferenzen, Staatsbesuchen, Arbeitsbesuchen und Privataufenthalten in der Schweiz.

Wegen den zahlreichen **internationalen Konferenzen und Veranstaltungen**, insbesondere in Genf (WTO, Unesco, Rat der Europäischen Union, UPU Weltpostversammlung), kamen deutlich mehr völkerrechtlich geschützte ausländische Besucher in die Schweiz als im Vorjahr. Für 600 Gäste, vor allem Mitglieder von Königshäusern, Staats- und Regierungschefs sowie Minister, waren Gefährdungsbeurteilungen und insgesamt 390 Personenschutzdispositive zu erstellen und zu koordinieren. Das **World Economic Forum** in Davos erforderte Sicherheitsmassnahmen für 255 völkerrechtlich geschützte Personen. Zudem wurde 1'266 staatlich beauftragten Sicherheitsbegleitern eine Waffentragbewilligung für offizielle Besuche oder Durchreisen ausgestellt.

**Magistraten und ausländische Vertretungen** Das Kommissariat Sicherheit Magistraten und ausländische Vertretungen ist verantwortlich für den Schutz der Bundesräte, der Bundeskanzlerin und weiterer Magistratspersonen, der eidgenössischen Parlamentarier in Ausübung ihres Amtes sowie von besonders gefährdeten Mitarbeitenden des Bundes. Es wacht auch über die Sicherheit aller akkreditierten ausländischen Vertretungen und deren völkerrechtlich geschützten Personen, des Personals internationaler Organisationen sowie besonders gefährdeter Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwälte des Bundes).

**160 Drohungen** gegen Magistraten, Bedienstete des Bundes und Mitarbeiter der diplomatischen Vertretungen erforderten Lageanalysen und Risiko-beurteilungen sowie im Bedarfsfall Schutzkonzepte und Sicherheitsmassnahmen. Die Anzahl der bearbeiteten Fälle blieb auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

Für **818 private und öffentliche Termine von Magistraten** wurden Gefährdungsanalysen durchgeführt und damit verbunden Sicherheitsmassnahmen angeordnet.

Das Kommissariat bearbeitete zudem insgesamt **457 sicherheitsrelevante Geschäfte zu Gunsten der ausländischen diplomatischen Vertretungen**.

Das Kommissariat ist für die Rekrutierung, die Ausbildung und den Einsatz von Sicherheitsbeauftragten an Bord schweizerischer Luftfahrzeuge (Airmarshals) im internationalen gewerbsmässigen Luftverkehr zuständig. **Luftverkehr**

Am 16. April 2008 genehmigte der Bundesrat ein **Memorandum of Understanding (MoU)** betreffend den Einsatz von Sicherheitsbeauftragten im Luftverkehr **mit Österreich** und ermächtigte gleichzeitig das EJPD zum Abschluss analoger Abkommen mit den USA, Kanada, Deutschland, der Tschechischen Republik, Polen und China. In der Folge wurde am 1. Dezember 2008 ein MoU **mit der Tschechischen Republik** unterzeichnet. Diese Memorandums of Understanding regeln die operative und organisatorische Zusammenarbeit der internationalen Airmarshalorganisationen im Luftverkehr.

## Sicherheit Gebäude

**Gebäudesicherheit** Die Sektion Management Gebäudesicherheit ist für die Ausbildung, die Planung und den Einsatz im Bereich Gebäudeschutz sowie für das Alarmmanagement und den Betrieb der Alarmzentrale des Bundes zuständig. Ausserdem werden Grundlagen und Entscheide für die Bewilligung militärischer Helikoptereinsätze zugunsten der Polizeikorps erarbeitet. Im Berichtsjahr wurden mit einer **internen Reorganisation** verschiedenste Aufgaben im Bereich des Gebäudeschutzes zusammengeführt.

In 272 Fällen mussten Interventionskräfte (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste) ausrücken, weil in der **Alarmzentrale des Bundes** Alarm ausgelöst wurde. Ausserdem hat die Sektion für **Ausbildungseinsätze der Armeehelikopter** zugunsten der Polizeikorps rund 200 Stunden bewilligt.

**Objektsicherheit** Die Sektion Objektsicherheit ist die Fachstelle für die Sicherheit der Immobilien der zivilen Bundesverwaltung, einschliesslich privater Bundesratsdomizile und Objekte gefährdeter Bundesangestellter sowie der schweizerischen Vertretungen im Ausland (Botschaften und Konsulate). Sie arbeitet dafür die baulichen, technischen und organisatorischen Sicherheitskonzepte aus und erstellt Sicherheitsbeurteilungen für die Gebäude internationaler Organisationen in der Schweiz. Zudem sorgt sie für die physische Informations- und Informatiksicherheit in der Bundesverwaltung.

Die Sektion erarbeitete im Berichtsjahr 76 Risikoanalysen und Sicherheitsbeurteilungen, 51 **für Gebäude im Inland** und 25 **für Liegenschaften des Bundes im Ausland**. Wegen der EURO 2008 stand die Festlegung der Sicherheitsanforderungen für Bundeshäuser und Bundesobjekte im Vordergrund. Daneben nahm die Sektion **Sicherheitskontrollen** vor und erarbeitete Verbesserungsvorschläge (Schutzkonzepte). Im Zusammenhang mit der Einführung der biometrischen Pässe legte die Sekti-

on Sicherheitsanforderungen für die Passbüros und die neu zu schaffenden Erfassungsstellen in den Kantonen fest. Weiter wurden die Sicherheitsbeauftragten der zivilen Departemente und Bundesämter beraten und die jährliche Sicherheitstagung durchgeführt.

Im Berichtsjahr wurden im Inland 40 Ereignisse (Diebstahl, Vandalismus, Brand und weitere) gemeldet, 13 weniger als im Vorjahr.

Die Sektion Objektschutz ist zuständig für den Bewachungs-, Überwachungs- und Sicherheitslogendienst der Gebäude der zivilen Bundesverwaltung und betreibt die Sicherheitsloge des Medienzentrums des Bundes. Die Sektion ist zudem für die Zutrittskontrolle und die Sicherheit im Parlamentsgebäude verantwortlich. Im Weiteren führt sie das Einvernahmezentrum zugunsten der zivilen Strafverfolgungsbehörden des Bundes (Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalpolizei und Eidg. Untersuchungsrichteramt).

Im **Parlamentsgebäude** mussten sich über 73'500 Besucher/innen einer erhöhten Zutrittskontrolle unterziehen (Metalldetektor- und Röntgenanlagen). Dabei wurden 24 verbotene Gegenstände sichergestellt sowie 10 polizeilich gesuchte Personen angehalten und der Polizei übergeben. In den übrigen zivilen Bundesgebäuden erhielten 193 Personen aus Sicherheitsgründen keinen Zutritt.

Die Mitarbeitenden des **Nachtdienstes** griffen bei insgesamt 5'695 sicherheitsrelevanten Vorfällen ein (offen gelassene Fenster, nicht abgeschlossene Türen usw.).

Im **Einvernahmezentrum** wurde die Sicherheit von insgesamt 532 Einvernahmen, Vorladungen und Vorführungen gewährleistet. Der grösste Teil der Einvernahmen wurde von der Bundesanwaltschaft und der Bundeskriminalpolizei durchgeführt.

## Führung und Analyse

Die Führungsunterstützung koordiniert und bearbeitet Departements-, Bundesrats- und Parlamentsgeschäfte. Sie handelt mit den Kantonen und Städten die finanzielle Abgeltung von polizeilichen Leistungen zugunsten des Bundes aus und erarbeitet Vereinbarungen über das Erbringen von Leistungen im Sicherheitsbereich.

Der Fachbereich beschäftigte sich insbesondere mit der **Umsetzung der Neuorganisation des BSD** und den damit verbundenen administrativen, technischen und organisatorischen Anpassungen. Die Geschäftskontrolle wurde den neuen Gegebenheiten angepasst und mit Controllingfunktionen ergänzt.

**Recht** Der Fachbereich Recht bearbeitet die Rechtsfragen aus dem Zuständigkeitsbereich des BSD und ist an verschiedenen Rechtsetzungsarbeiten beteiligt, wie im Berichtsjahr beispielsweise dem Zwangsanwendungsgesetz, der Verordnung über das Sicherheitswesen in Bundesverantwortung oder der Luftfahrtverordnung.

Der Fachbereich Gefährdungslage **Gefährdungslage** legt mit seiner Informations- und Analysetätigkeit die Basis für alle Massnahmen und Entscheide des BSD. Er verfolgt sicherheitsrelevante Ereignisse, sammelt und beschafft Informationen und erstellt **Lagebilder und Gefährdungsanalysen**.

**Steuerung und Entwicklung** Der Fachbereich Steuerung und Entwicklung ist für die Führung, Koordination und Vernetzung von grossen, komplexen und bereichsübergreifenden Geschäften und Projekten zuständig.

Im Jahr 2008 erstellte der Fachbereich insgesamt 416 Gefährdungsbeurteilungen für völkerrechtlich geschützte Personen, für Magistratspersonen und ausländische Vertretungen. Im Weiteren verfasste er diverse Berichte und Lagebeurteilungen für Bundesobjekte im In- und Ausland sowie für den Bereich Luftverkehr.

# 4 Verwaltungspolizeiliche Aufgaben

Die verwaltungspolizeilichen Aufgaben von fed-pol wurden von verschiedenen Einheiten im Dienst für Analyse und Prävention (DAP) sowie in den Abteilungen Dienste und Stab wahrgenommen.

## Sprengstoff und Pyrotechnik

### Verfügungen der Zentralstelle

Bewilligungen sind ein wichtiges Instrument, um den Verkehr mit Sprengmitteln und pyrotechnischen Gegenständen schweizweit zu überwachen. So unterliegen Sprengmittel einer lückenlosen Kontrolle von der Herstellung, beziehungsweise Einfuhr, bis zur Verwendung. Bei der Pyrotechnik verpflichten die Herstellungs- oder die Einfuhrbewilligung zur regelmässigen Qualitätskontrolle, welche die Handhabungssicherheit der Produkte einschliesst.

	2008	2007
Einfuhrbewilligungen Pyrotechnik	524	597
Einfuhrbewilligungen Sprengmittel	70	50
Herstellungsbewilligungen Pyrotechnik	9	8
Herstellungsbewilligungen Sprengmittel	15	11
Ausnahmebewilligungen Pyrotechnik	1	1
Ausnahmebewilligungen Sprengmittel	9	6
<b>Total</b>	<b>678</b>	<b>623</b>

Die Anzahl Bewilligungen bewegte sich 2008 im Bereich der Vorjahre.

Zudem wurden 146 Zulassungen erteilt, um pyrotechnische Gegenstände in Verkehr zu bringen (2007: 83).

Die Zentralstelle Sprengstoff und Pyrotechnik bearbeitete im Berichtsjahr 211 Ereignisse, davon:

### Ereignisse

	2008	2007
Anschläge	15	20
Diebstähle	0	2
Bagatellfälle (Sachbeschädigung durch handelsübliche Feuerwerkskörper)	196	225
<b>Total</b>	<b>211</b>	<b>247</b>

## Waffen

### Verfügungen der Zentralstelle

Die Zentralstelle Waffen (ZSW) ist zuständig für die Erteilung von Einfuhrbewilligungen für Waffen und Munition im Sinne des Waffengesetzes. Sie kontrolliert die Einfuhr in die Schweiz, um zu verhindern, dass Personen, die in der Schweiz keine Waffen und Munition erwerben können, sich diese im Ausland beschaffen.

Erteilte Bewilligungen	2008	2007
Gewerbsmässige Einfuhrbewilligungen	170	165
Nicht gewerbsmässige Einfuhrbewilligungen	756	783
Ausnahmebewilligungen	86	85

Mit dem Beginn der operationellen Zusammenarbeit der Schweiz mit den Schengen-Staaten ist am 12.12.2008 auch das revidierte Waffenrecht in Kraft getreten. Dieses wurde in den letzten Jahren zwei Revisionen unterzogen. Zum einen wurde im Rahmen der Schengen-Anpassung die EU-Waffenrichtlinie in schweizerisches Recht umgesetzt. Zum andern wurden Lücken geschlossen, die sich bei der Anwendung des Waffengesetzes aus dem Jahre 1997 gezeigt haben.

### Revidiertes Waffenrecht

Die wichtigsten **Neuerungen**:

- **Neu unterstehen** unter anderem **Imitations-, Schreckschuss- und Soft-Air-Waffen dem Waffengesetz**. Entsprechend gelten neue Regelungen für deren Erwerb sowie die Ein- und Ausfuhr.
- **Jeder Waffenerwerb erfordert** je nach Art der zu erwerbenden Waffe **eine Ausnahmegewilligung, einen Waffenerwerbsschein oder einen schriftlichen Vertrag**, und dies unabhängig von der Herkunft der Waffe (ob vom Handel, von Privaten, durch Erbgang oder sonst wie).
- Feuerwaffen, die ohne Waffenerwerbsschein erworben werden dürfen, müssen gemeldet werden, so dass auch die Herkunft dieser Waffen zurückverfolgt werden kann.
- Das missbräuchliche Tragen gefährlicher Gegenstände ist verboten.
- **Für die Ausfuhr von Feuerwaffen in einen Schengen-Staat ist ein Begleitschein erforderlich**. Gestützt darauf werden die vom Transport betroffenen Schengen-Staaten informiert.
- Für die vorübergehende Ein- und Ausfuhr von Feuerwaffen im Reiseverkehr zwischen Schengen-Staaten wird **der Europäische Feuerwaffenpass** eingeführt.

## Kriegsmaterial

Gemeinsam mit dem EDA überprüft die Zentralstelle Kriegsmaterial (ZKM), ob die Lieferungen von Kriegsmaterial aus der Schweiz an den vorgesehenen und genehmigten Bestimmungsorten im Ausland eintreffen. Sie trifft zudem geeignete Massnahmen, um illegalen Kriegsmaterialhandel zu erkennen und zu verhindern.

Im Jahr 2008 leitete die ZKM **18 Dossiers** im Zusammenhang mit illegalem Kriegsmaterialhandel **an die Strafverfolgungsbehörden** weiter.

In Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeibehörden nahm sie zuhanden des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO zu 15 Gesuchen Stellung, mit denen um eine Bewilligung ersucht wurde, um Kriegsmaterial herzustellen, zu vermitteln oder um damit zu handeln.

## Massnahmen im Zusammenhang mit Ausländern

### Asyl- und Einbürgerungsbereich

Im Jahr 2008 **prüfte der Ausländerdienst (ALD)** zuhanden des Bundesamtes für Migration (BFM) **rund 1'150** (Vorjahr: 1'100) **Asylgesuche**. Gemäss Asylgesetz wird kein Asyl gewährt, wenn eine asylsuchende oder eine schutzbedürftige Person die innere oder die äussere Sicherheit der Schweiz gefährdet oder verletzt hat. 122 (24) Gesuche erforderten umfangreichere Abklärungen. In 8 (9) Fällen beantragte der ALD die Ablehnung des Asylgesuches.

Auf der Grundlage des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts **überprüfte der ALD** zuhanden des BFM **rund 39'000** (2007: 34'000) **Einbürgerungsgesuche**.

Laut Gesetz dürfen Bewerberinnen oder Bewerber die innere oder die äussere Sicherheit des Landes nicht gefährden. In 65 (53) Fällen waren erweiterte Untersuchungen notwendig. In 3 (2) Fällen beantragte der ALD die Ablehnung der Einbürgerung. In mehreren Fällen wurden dem BFM Sicherheitsbedenken gemeldet.

### Überprüfung von Einreisen

Der ALD bearbeitete im Jahr 2008 zuhanden des BFM rund 2'500 (2007: 2'300) Gesuche von Ausländern, die einen kurz- oder längerfristigen Aufenthalt in der Schweiz beantragten. Von Interesse waren vor allem Gesuchsteller, die im Zusammenhang mit verbotenem Nachrichtendienst, Nonproliferation und Organisierter Kriminalität stehen können. In einigen Fällen machte der ALD Sicherheitsbedenken geltend, um zu verhindern, dass Geschäftsleute hier eine Basis für illegale Aktivitäten aufbauen können, die Beziehungen zu kriminellen Organisationen haben oder in Verbindung mit Firmen aus dem Proliferationsbereich stehen.

Für das EDA überprüfte der ALD **rund 4'000** (2007: 4'300) **Diplomaten und internationale Funktionäre**, die für einen kurzfristigen Aufenthalt in die Schweiz einreisen oder sich in der Schweiz akkreditieren wollten. In 6 (3) Fällen beantragte er dem EDA

die Verweigerung der Akkreditierung aus Gründen der inneren Sicherheit.

Gemäss Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer kann fedpol zur Wahrung der inneren oder der äusseren Sicherheit der Schweiz ein Einreiseverbot verfügen. Im Jahr 2008 wurden 433 (Vorjahr 165) Einreiseverbote verfügt, davon 232 im Umfeld der EURO 2008, 139 im Bereich Terrorismus, 37 im Bereich des gewalttätigen Extremismus, 21 im Bereich des verbotenen Nachrichtendienstes und 4 im Bereich der Proliferation.

### Einreiseverbote

In fünf Fällen wurde gegen ein Einreiseverbot des ALD eine Beschwerde eingereicht. Zwei davon sind noch pendent, in den anderen Fällen wurde das Einreiseverbot durch die Beschwerdeinstanz bestätigt.

## Bekämpfung von Gewalt bei Sportveranstaltungen

Seit zwei Jahren bestehen Rechtsgrundlagen für die Bekämpfung von Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen und für die damit verbundene Datenbank «HOOGAN». In diesem von fedpol betriebenen System werden Daten über Personen aufgenommen, die sich anlässlich von Sportveranstaltungen im In- und Ausland gewalttätig verhalten haben und gegen die Massnahmen wie Stadionverbote, Rayonverbote, Meldeauflagen, Polizeigewahrsam oder Ausreisebeschränkungen verhängt wurden.

### HOOGAN

HOOGAN steht den für den Vollzug der Massnahmen zuständigen Stellen von fedpol sowie den Polizeibehörden der Kantone, der Schweizerischen Zentralstelle Hooliganismus und den Zollbehörden zur Verfügung. Die erfassten Daten können einzelfallweise an Organisatoren von Sportveranstaltungen in der Schweiz sowie an ausländische Polizeibehörden und Sicherheitsorgane weitergegeben werden, sofern dies für die Anordnung von Massnahmen zur Verhinderung von Gewalttätigkeiten nötig ist.

Im Informationssystem HOOGAN waren **per Ende 2008 total 506 Personen verzeichnet**, rund doppelt so viele als im Vorjahr. Davon sind am Stichtag 31.12.2008 185 mit der Massnahme «Stadionverbot» und / oder 164 Personen mit der Massnahme «Rayonverbot» belegt. Damit sind im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl Stadionverbote stabil geblieben, während sich die erfassten Rayonverbote verdoppelt haben.

Seit dem 1. August 2008 nimmt fedpol die Aufgaben des «National Football

### National Football Information Point

Information Point (NFIP)» wahr, den in Europa jedes Land führt. Der NFIP unterstützt die zuständigen nationalen Behörden in Fragen rund um Gewalt bei Sportveranstaltungen, hält aktuelle Risikoanalysen der eigenen Vereine und der eigenen Nationalmannschaft bereit und koordiniert den polizeilichen Informationsaustausch bei Sportveranstaltungen mit internationaler Auswirkung.



	2008	2007
Total eingetragene Personen	506	260
davon weiblich	4	2

Aufgeschlüsselt nach Alter	2008	2007
12 - 14 Jahre	0	1
15 - 18 Jahre	82	44
19 - 24 Jahre	250	126
25 - 29 Jahre	96	47
30 - 39 Jahre	68	36
40 - 49 Jahre	10	6

Aufgeschlüsselt nach Wohnkanton								
	2008	2007	2008	2007	2008	2007		
ZH	89	41	LU	63	34	SG	45	27
BE	44	26	BL	37	30	AG	35	12
BS	27	19	ZG	27	3	TI	21	16
VS	20	6	FR	13	4	SO	12	7
TG	11	11	SZ	9	2	SH	8	6
GE	6	1	VD	6	4	AR	4	2
GR	3	2	NE	3	0	GL	2	0
AI	1	1	OW	1	1	UR	1	0

Aufgeschlüsselt nach aktiven Massnahmen		
	2008	2007
Stadionverbote	185	189
Rayonverbote	164	80

10 grösste erfasste Anhängerschaften		
	2008	2007
FC Basel	81	61
FC Luzern	65	33
FC St. Gallen	40	26
Grasshopper-Club Zürich	34	18
FC Zürich	25	18
EV Zug	23	0
BSC Young Boys	18	9
ZSC Lions	15	8
HC Lugano	15	9
FC Sion	13	10

Statistiken HOOGAN (Stand per 31.12.)

## Gewaltpropaganda

Polizei- und Zollbehörden können seit Januar 2007 **Material sicherstellen**, das Propagandazwecken dienen kann und **dessen Inhalt konkret und ernsthaft zur Gewalttätigkeit gegen Menschen oder Sachen aufruft**. Dieses wird dem DAP übermittelt, welcher über die Einziehung entscheidet. Erfasst werden Schriften, Ton- und Bildmaterial, Abbildungen oder Gegenstände und Darstellungen. Aber nicht nur explizit rassistisches oder rechtsextrems Propagandamaterial, sondern auch Aufrufe zu anderen Formen von ideologisch motivierter Gewaltanwendung werden registriert. Nicht erfasst sind Propagandaerzeugnisse mit extremen Inhalten, aber ohne konkreten und ernsthaften Aufruf zu Gewalt.

Liegt der Verdacht auf eine strafbare Handlung vor, wird das Material der zuständigen Strafbehörde überwiesen. Bei Propagandamaterial im Internet kann der DAP entweder die Löschung der betroffenen Webseite verfügen, sofern das Material auf

einem schweizerischen Rechner liegt, oder eine Sperrempfehlung an die schweizerischen Provider erlassen, wenn es auf einem ausländischen Rechner zu finden ist.

Im Jahr 2008 prüfte der DAP 552 sichergestellte Exemplare mit mutmasslich zu Gewalt aufrufendem Inhalt. Er zog davon 18 Exemplare (3.3%) ein und leitete 332 Exemplare (60.1%) an die zuständige Strafbehörde weiter, da ein Verdacht auf eine strafbare Handlung vorlag.

Statistik (Stand per 31.12.):	2008		2007	
<b>Total ausgewertete Exemplare</b>	<b>552</b>	<b>%</b>	<b>388</b>	<b>%</b>
Eingezogene Exemplare	18	3.3	10	2.6
Total überwiesene Exemplare an Strafbehörden	332	60.1	40	10.3
Rückgabe an Besitzer	153	27.7	280	72.2
Entscheid hängig	49	8.9	58	15.0



## Personensicherheitsprüfungen

Die nationale Fachstelle für Personensicherheitsprüfungen im VBS führte 2008 rund 34'000 Personensicherheitsprüfungen in Zusammenarbeit mit dem DAP durch. Dieser ist namentlich für die Erhebung der Daten zuständig und erhielt im Berichtsjahr 35 Prozent der Überprüfungen zur vertieften Abklärung.

Sinn und Zweck von Sicherheitsprüfungen ist es, die **Bundes- und Kantonsverwaltungen, die Armee und die Schweizer Industrie vor Personen zu schützen, welche die innere Sicherheit der Schweiz gefährden**. Für die Beurteilung des Sicherheitsrisikos werden nicht nur die Register der Sicherheits- und Strafverfolgungsorgane als Datenquellen konsultiert (Auskünfte bei der zuständigen Kantonspolizei, bei den Betreibungs-, Konkurs- und

Strafverfolgungsbehörden). Es werden auch sicherheitsrelevante Daten über die Lebensführung der betroffenen Person erhoben, insbesondere über ihre engen persönlichen Beziehungen und familiären Verhältnisse, ihre finanzielle Lage, ihre Beziehungen zum Ausland und über Aktivitäten, welche die innere und äussere Sicherheit in rechtswidriger Weise gefährden könnten.

Geprüft werden Bundesangestellte, Armeeingehörige, Angestellte der Kantone oder Dritte (zum Beispiel potenzielle Auftragnehmer). Die Sicherheitsprüfung kann nur mit der Ermächtigung (Unterschrift) der zu prüfenden Person durchgeführt werden. Willigt diese nicht ein, wird ihr die gewünschte Funktion nicht übertragen beziehungsweise der Auftrag nicht erteilt.

## KOBIK

Die nationale Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (KOBIK) ist die zentrale Anlaufstelle für Personen, die verdächtige Internetinhalte melden möchten.

**Meldungen** Im sechsten Betriebsjahr von KOBIK gingen über 6'500 Meldungen aus der Bevölkerung ein. Dies entspricht dem durchschnittlichen Meldeeingang der letzten Jahre.

Die Meldungen der Bevölkerung betrafen in erster Linie die harte Pornografie (15.8%) sowie die unaufgeforderten, elektronischen Werbesendungen, so genannte Spam-E-Mails. 9,7 Prozent der Meldungen konnte nicht überprüft werden, da die betreffenden Webseiten zum Zeitpunkt, in welchem KOBIK sie sichten wollte, bereits nicht mehr erreichbar waren.

**Strafverfahren** Die KOBIK-Dossiers sind zuverlässige Grundlagen, um Strafverfahren gegen verdächtige Personen zu eröffnen und anlässlich einer Hausdurchsuchung illegales Material zu beschlagnahmen, so dass die Verurteilung der Verdachtspersonen die Regel ist. Der Anteil von Fällen, bei welchen nach einer KOBIK-Überweisung im folgenden Strafverfahren weiteres illegales Material

beschlagnahmt werden kann, liegt mit über 80 Prozent konstant hoch.

In mehreren Fällen veranlasste KOBIK direkt bei den Providern, illegale Seiten vom Netz zu nehmen. Die Liste der zu blockierenden Seiten wird international aktualisiert, wobei jeder Eintrag von KOBIK zusätzlich auf die Schweizer Rechtslage hin überprüft wird. Ein Update der zu sperrenden Seiten erfolgt vierteljährlich.

Bei Internetrecherchen wurde KOBIK auf eine **Webseite** aufmerksam, **auf der pädophile Interessen diskutiert wurden**. Sie bot den Benutzern Gelegenheit, sich näher kennen zu lernen oder sich auf privater Ebene zu vernetzen. KOBIK konnte feststellen, dass im Forum Tipps und Erfahrungen für den Umgang mit kleinen Mädchen oder Anweisungen für erste Kontaktnahmen mit Kindern ausgetauscht wurden. Die Recherchen ergaben auch, dass kinderpornografische Dateien über das Forum ausgetauscht wurden. Die Strafverfolgungsbehörden des Kantons St. Gallen – die Webseite wurde bei einem St. Galler Provider gehostet – führten daraufhin **umfassende Ermittlungen wegen Verdachts auf Kinderpornografie und sexuelle Handlungen mit Kindern**.

Bis heute sind gegen 13 Schweizer Bürger Strafverfahren eingeleitet worden. Bei allen Verdächtigen wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt und zahlreiche Festplatten und andere Datenträger beschlagnahmt. Die Auswertungen werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Aufgrund erster Ergebnisse kann aber festgestellt werden, dass grosse Mengen an kinderpornografischen Bild- und Filmmaterialien sichergestellt werden konnten.

Eine detaillierte Aufstellung der Zahlen, sowie deren Auswertung und Interpretation erfolgt mit dem Rechenchaftsbericht 2008 der Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität, der nach Genehmigung durch den Leitungsausschuss KOBIK im zweiten Quartal 2009 publiziert wird.

## MELANI

In der Melde- und Analysestelle Informationssicherung MELANI arbeiten Partner zusammen, die sich mit der Sicherheit von Computersystemen und des Internets sowie dem Schutz von kritischen Infrastrukturen befassen.

**IT-Angriffe** Gezielte IT-Angriffe lassen sich auch mit Hilfe technischer Sicherheitsvorkehrungen nicht immer erfolgreich abwehren. Deshalb muss der Focus vermehrt auf den Schutz der Information und nicht nur auf den Schutz der Computer und Netzwerke gelegt werden. Dies betrifft insbesondere die sozialen Netzwerke, welche rege genutzt werden: Die Veröffentlichung persönlicher Daten auf dem Internet nutzen Cyber-Kriminelle, um gezielte Angriff zu lancieren.

**Infektion über Webseiten** Die Gefahr einer Infektion über Webseiten alleine schon nur beim Surfen (Drive-By-Infection) wächst rasant. Seit Januar 2008 wurden verschiedene Massenhacks von Webseiten beobachtet, mit denen die Computer der Besucher infiziert werden sollten. Darunter befinden sich auch Webseiten mit bestem Ruf und hohen Besucherzahlen.

Cyber-Attacken werden auch dazu **Hackivismus** benutzt, um für ein politisches Anliegen Aufmerksamkeit zu erlangen. Im Bereich der Internet-Kriminalität rücken somit – nebst finanziellen Motiven – vermehrt politische Beweggründe in den Vordergrund. Diese Entwicklungen haben dazu beigetragen, dass politisch motiviertes Hacking, der so genannte «Hackivismus», öffentlich diskutiert wird.

Funknetzwerke (WLANs) sind heute **Funknetzwerke** auch privat weit verbreitet. Sind diese Netzwerke ungenügend geschützt, können Kriminelle einerseits auf interne Daten zugreifen und andererseits ermöglicht dies ihnen, bei einer IT-Straftat die wahre Urheberschaft zu verschleiern. Solche Missbräuche treten leider immer häufiger auf. Das Befolgen der wichtigsten technischen Grundregeln hilft, das eigene Netzwerk sauber zu halten (siehe [www.melani.admin.ch](http://www.melani.admin.ch)).

Ein stets wachsendes Missbrauchspotenzial liegt auch in den praktisch in jedem elektronischen Gerät steckenden Speicherkarten. Damit nimmt die Datenmenge enorm zu, die jede Person anhäuft. Deshalb ist es sehr **wichtig, Daten korrekt zu löschen, bevor man beispielsweise Kamera, Handy oder USB-Stick weitergibt.**

## Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel (KSMM)

Die KSMM vereinigt eine Vielzahl von Behörden und Stellen bei Bund und Kantonen sowie Nichtregierungs- und zwischenstaatlichen Organisationen, die mit der Bekämpfung von Menschenhandel und Menschenschmuggel betraut sind. Die Geschäftsstelle KSMM erarbeitet mit den Mitgliedern Strategien und Instrumente gegen Menschenhandel in den Bereichen Prävention, Strafverfolgung und Opferschutz sowie gegen Menschenschmuggel.

**Menschenhandel** Menschenhandel ist ein grenzüberschreitendes Phänomen. Die erfolgreiche Bekämpfung dieser Straftat setzt eine Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden im Herkunfts- und Zielland der Opfer voraus. Das Zusammenwirken der Behörden geht über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen hinaus. Durch enge polizeiliche Zusammenarbeit und koordinierte Aktionen gegen Menschenhändler im Rahmen von so genannten Spiegelverfahren in beiden Ländern wird die Zerschlagung der international wirkenden Täternetzwerke angestrebt.

Da 2007 die **Mehrzahl der osteuropäischen Opfer von Menschenhandel aus Rumänien** stammte, reisten Schweizer Spezialisten gegen Menschenhandel im Berichtsjahr unter Mitwirkung des EDA und der Schweizer Auslandsvertretung nach Bukarest. Durch Gespräche mit rumänischen Strafverfolgungsbehörden und Opferbetreuungsstellen konnten Erfahrungen zwischen den entsprechenden Ansprechpartnern beider Länder ausgetauscht werden. Der Besuch von Betreuungseinrichtungen für Opfer von Menschenhandel in Giurgiu vermittelte ein Bild über die Lebensverhältnisse der Opfer, deren Beweggründe für die Migration in das Zielland und die Möglichkeiten der Wiedereingliederung nach der Rückkehr.

**Neue Bestimmungen** Mit dem auf Anfang 2008 in Kraft getretenen Gesetz über die Ausländerinnen und Ausländer wurden die im Rahmen der KSMM erarbeiteten **Regeln über den Aufenthalt der Opfer von Menschenhandel** in eine gesetzliche Grundlage überführt. Dies im Hinblick auf die Unterzeichnung und Ratifizierung des Europarat-Übereinkommens gegen Menschenhandel.

So haben beispielsweise Opfer von Menschenhandel nach der Identifizierung Anspruch auf eine Bedenkzeit von mindestens dreissig Tagen und werden

während dieser Frist nicht ausgewiesen. Der Aufenthalt wird durch eine Bewilligung geregelt, wenn das Opfer im Verfahren gegen die Täter als Zeugin oder Zeuge aussagen kann oder persönliche Gründe eine Rückkehr nicht zulassen.

Die Bestimmungen über die Rückkehrhilfe für Opfer von Menschenhandel erleichtern die Heimkehr und die Integration der Opfer im Herkunftsland.

Gestützt auf diese gesetzlichen Grundlagen startete das Bundesamt für Migration das bis 2010 laufende **Pilotprojekt «Rückkehrhilfe für Opfer von Menschenhandel»**. Das definitive Verfahren soll unter Berücksichtigung der Erfahrungen nach Ablauf des Pilotprojekts eingeführt werden.

Zudem ermöglicht das Gesetz ein **wirksameres Vorgehen gegen den Menschenschmuggel**. Die Strafandrohung für den gewerbsmässigen Menschenschmuggel wurde auf fünf Jahre Freiheitsentzug erhöht und die Straftat befindet sich neu im Katalog jener Delikte, die eine verdeckte Ermittlung oder eine Telefonkontrolle zulassen. Die Täuschung der Behörden wurde als neuer Tatbestand in die Strafbestimmungen aufgenommen.

Menschenhandel ist ein komplexes Verbrechen und erfordert geschultes Fachwissen für eine erfolgreiche Strafverfolgung. Erstmals fand im Berichtsjahr ein Ausbildungskurs für Angehörige der Justiz statt. Dieser Kurs setzt die Bestrebungen der KSMM fort, die Ausbildung der Akteure gegen Menschenhandel zu fördern.

Ziele der Ausbildung waren, die Justiz für das Phänomen und dessen Erkennen zu sensibilisieren, Spezialkenntnisse über die Straftat Menschenhandel und die Ermittlungsmethoden zu vermitteln, Massnahmen für den Opferschutz aufzuzeigen sowie die Fachleute untereinander zu vernetzen. Es ist vorgesehen, den Kurs zu wiederholen und weitere Ausbildungen für andere Zielgruppen zu entwickeln.

Abgesehen vom Kooperationsgremium im Kanton Freiburg existierten in der übrigen Westschweiz keine «Runden Tische». Die KSMM führte deshalb 2008 eine **Fachtagung** durch, die sich an die Behörden und Nichtregierungsorganisationen der West-

**Ausbildung der Justizbehörden**

**Zusammenarbeit in der Romandie**

schweiz richtete. Die Veranstaltung wollte für das Phänomen Menschenhandel sensibilisieren, Gegenstrategien aufzeigen und die angesprochenen Behörden und Stellen vernetzen. An der Veranstaltung nahmen Vertreterinnen und Vertreter der Polizei-, Justiz- und Migrationsbehörden sowie Stellen der Opferbetreuung teil. Alle französischsprachigen Kantone waren vertreten. In der Zwischenzeit konnte ein **Kooperationsgremium im Kanton Waadt** eingerichtet werden, ein **Runder Tisch im Kanton Genf** ist in Vorbereitung.

Die Mitwirkung der KSMM an mehreren Runden Tischen der deutschen Schweiz wurde fortgeführt. Das Kooperationsgremium gegen Menschenhandel im Kanton Bern verabschiedete eine detaillierte Beschreibung des Vorgehens gegen Menschenhandel.

Die Geschäftsstelle KSMM wirkte im Verlauf des Berichtsjahres an weiteren Ausbildungs-, Sensibilisierungs- und Informationsveranstaltungen über Menschenhandel anderer Organisatoren mit.

## Meldestelle für Geldwäscherei MROS

Der Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) von fedpol hat eine Relais- und Filterfunktion zwischen den Finanzintermediären und den Strafverfolgungsbehörden. Sie ist die nationale Zentralstelle, die gemäss Geldwäschereigesetz Verdachtsmeldungen bezüglich Geldwäscherei, Terrorismusfinanzierung, Gelder verbrecherischer Herkunft oder krimineller Organisationen von Finanzintermediären entgegennimmt, analysiert und allenfalls an die Strafverfolgungsbehörden weiterleitet.

Gleichzeitig berichtet die MROS als Fachbehörde jährlich in einer anonymisierten Statistik über die Entwicklung der Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung in der Schweiz. Die MROS ist keine Polizeibehörde, sondern eine administrative Verwaltungsbehörde mit besonderen Aufgaben.

Die MROS ist Mitglied der «Egmont **Egmont Gruppe**», einer weltweiten Vereinigung von Meldestellen (Financial Intelligence Units, FIU), welche zum Ziel hat, die Voraussetzungen für einen gesicherten, raschen und rechtlich zulässigen Austausch von Informationen zu schaffen, die der Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung dienen.

Die Mitgliedschaft einer Meldestelle in der Egmont Gruppe setzt voraus, dass das Mitgliedland über eine explizite, formell gesetzliche Grundlage verfügt, welche die Meldestelle als zuständige, nationale Zentralstelle zum Empfang und zur Analyse von Verdachtsmeldungen wegen Geldwäscherei oder Terrorismusfinanzierung bezeichnet. Dies war in der Schweiz bis anhin nicht der Fall.

Im Rahmen der dem Parlament unterbreiteten Umsetzung der revidierten Empfehlungen der Groupe d'action financière (GAFI) wurde auch das Bundesgesetz zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Finanzsektor revidiert und darin die **Meldepflicht wegen Verdachts auf Terrorismusfinanzierung explizit erwähnt**. Das Parlament verabschiedete die Vorlage im Oktober 2008. Die Referendumsfrist ist inzwischen unbenutzt abgelaufen, womit auch **das revidierte Geldwäschereigesetz, am 1. Februar 2009 in Kraft getreten ist**. Damit ist der Verbleib der Meldestelle MROS als Mitglied der Egmont Gruppe gesichert.

**Meldungseingänge** Mit **851 Verdachtsmeldungen** erreichten die Eingänge den zweithöchsten Wert, seit es die Meldestelle gibt (+7% gegenüber 2007). Auffallend ist, dass sich im Jahr 2008 der Anteil der Meldungen aus dem Bankensektor sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual gesehen nochmals gesteigert hat. 81 Prozent der Verdachtsmeldungen wurden an eine Strafverfolgungsbehörde weitergeleitet (2007: 79%), was auf eine verbesserte Qualität der Meldungen schliessen lässt.

Vollständiger Jahresbericht der MROS siehe [www.fedpol.ch](http://www.fedpol.ch) **Themen > Kriminalität > Geldwäscherei**

**Meldestellenverordnung** Seit ihrem Bestehen war die Meldestellenverordnung jeweils lediglich für zwei Jahren gültig, weil die Rechtsgrundlage für die Datenbankzugriffe der Meldestelle nur in einer Verordnung und nicht in einem formellen Bundesgesetz geregelt war, was aus da-

tenschutzrechtlicher Sicht nicht genügte. Mit Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes wurde nun im Geldwäschereigesetz ein neuer Artikel mit der entsprechenden Rechtsgrundlage geschaffen.

## Ausweisschriften

Die Sektion Ausweisschriften hat vier Aufgabenbereiche: Ausweisschriften im engeren Sinn, das Projekt Biometrie, KILA (Koordinationsstelle Identitäts- und Legitimationsausweise) und Nachforschungen nach vermissten Personen

**Schweizer Pass und IDK** Ausweisschriften im engeren Sinn Die Sektion sorgt dafür, dass die rund 2'650 Gemeinden, die 26 kantonalen Passbüros, die vier Notpassstellen an den Flughäfen und die rund 140 schweizerischen Auslandsvertretungen den Schweizer Pass und die Identitätskarte (IDK) einheitlich beantragen und ausstellen.

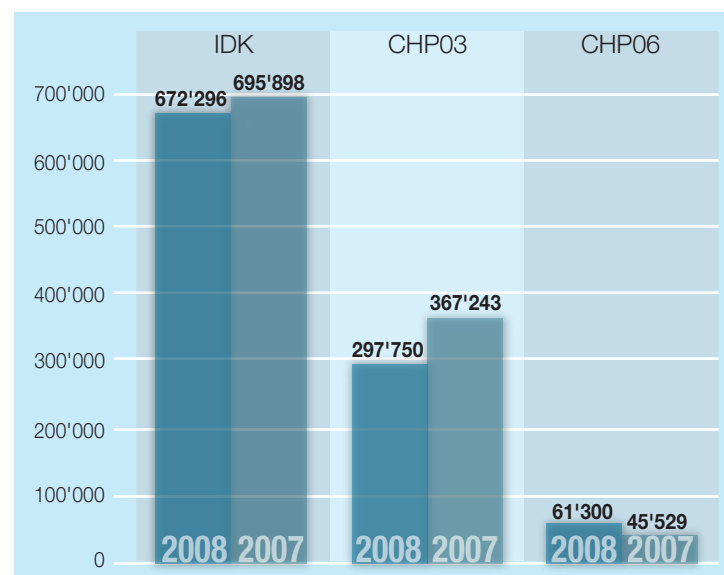
Sie beurteilt Ausweisgesuche von Schweizer Staatsangehörigen im Ausland, bei denen gesetzliche Gründe bestehen könnten, einen Ausweis zu verweigern. Solche Gründe sind zum Beispiel: im RIPOLO zur Verhaftung ausgeschrieben, Schriftensperre, Strafverfolgung im Ausland. Und die Sektion überwacht den Einzug von Ausweisen von Personen, deren Schweizer Bürgerrecht nichtig erklärt worden ist.

Anfragen von Auslandsvertretungen zur Ausweisausstellung	2008	2007
Ausweisverweigerung wegen eines bestehenden Verweigerungsgrundes (Verhaftung, Schriftensperre) und Entzug von Ausweisen	46	86
Zustimmung zur Ausstellung nach Abklärung	247	158
Übrige Anfragen für Unterstützung	57	16
<b>Total</b>	<b>350</b>	<b>260</b>
Ausweisentzug wegen Nichtigerklärung des Schweizer Bürgerrechts durch BFM	69	*

\* Im Jahr 2007 wurden in diesem Bereich noch keine statistischen Daten erhoben.

Als **Ansprechstelle für Auskünfte** rund um das Schweizer Ausweiswesen stehen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch kantonalen und kommunalen Behörden eine Hotline, eine Internetseite ([www.schweizerpass.ch](http://www.schweizerpass.ch)) sowie eine zentrale E-Mail-Adresse ([schweizerpass@fedpol.admin.ch](mailto:schweizerpass@fedpol.admin.ch)) zur Verfügung. Diese verschiedenen Möglichkeiten der Kontaktaufnahme wurden rege genutzt. Namentlich die Einreisebestimmungen der USA, aber auch die Entwicklungen innerhalb der EU und der Schweiz im Bereich biometrischer Ausweise haben zu zahlreichen Anfragen geführt. Insgesamt gingen rund 2'000 E-Mails und via Hotline täglich zwischen 30 und 40 telefonische Anfragen über Reiseausweise sowie das Antrags- und Ausstellungsverfahren ein.

2007 wurden noch 367'243 Pässe 03 und 42'529 Pässe 06 («biometrische Pässe») produziert, 2008 waren es noch 297'750 Pässe 03, dafür bereits 61'300 Pässe 06.



Die rückläufigen Zahlen (2006 wurden noch rund 760'000 Pässe ausgestellt) sind darauf zurückzuführen, dass sich in den Vorjahren auf Grund eines Aufrufs des EJPD viele Schweizerinnen und Schweizer noch vor dem 26. Oktober 2006 den Pass 03 ausstellen liessen, der die visumsfreie Einreise in die USA ermöglicht.

**Projekt «Pass Biometrie»** Beim Projekt «Pass Biometrie (definitive Einführung)» geht es darum, die **verbindlichen Richtlinien und Standards der EU** zu den biometrischen Pässen (E-Pässe) bis 1. März 2010 umzusetzen. **Neu** sollen **nebst dem Foto auch zwei Fingerabdrücke** elektronisch im E-Pass (Pass 10) **gespeichert** werden.

Die für die definitive Einführung von E-Pässen notwendigen Rechtsgrundlagen wurden erstellt. Das Parlament hat im Juni 2008 das revidierte Ausweisgesetz verabschiedet. Am 15. Oktober 2008 ist das Referendum dagegen zustande gekommen. Die Volksabstimmung ist für den 17. Mai 2009 vorgesehen. Auf die Vernehmlassung zur Revision der Ausweisverordnung gingen bis am 10. Oktober 2008 fristgerecht 47 Stellungnahmen (unter anderem von allen Kantonen) ein.

Die **öffentliche Ausschreibung** für **Systemplattform** Systeme zur Erfassung von biometrischen Daten («Systemplattform eDokumente») wurde nach dem Rückzug der Beschwerde einer Mitbieterin im Oktober 2008 mit der Vertragsunterzeichnung abgeschlossen. Das gewählte technische Konzept ist nachgewiesenermassen funktionsstüchtig.

Die Systemplattform wird von fedpol, dem Bundesamt für Migration, dem EDA, dem Grenzwachtkorps und von den Kantonen verwendet, um die biometrischen Daten für die neuen E-Pässe sowie weitere biometrische Ausweise und Visa zu erfassen und zu kontrollieren.

In enger Zusammenarbeit mit dem **Prototypen** Generalunternehmer Orell Füssli, weiteren privatwirtschaftlichen Firmen und dem Bundesamt für Bauten und Logistik als Produzent des neuen Passes, konnten voll funktionsfähige Prototypen der neuen E-Pässe (Pass 10) hergestellt werden. Diese haben mehrere internationale Tests bestanden.

Zudem wurde die technologisch bedingte Neuentwicklung des Informationssystems Ausweisschriften (ISA) in Angriff genommen.

[www.schweizerpass.admin.ch](http://www.schweizerpass.admin.ch)



## Koordinationsstelle im Bereich Identitäts- und Legitimationsausweise (KILA)

Der Fachbereich KILA hat folgende **Hauptaufgaben**:

- Spezimen von Identitäts- und Legitimationsausweisen aus allen Ländern beschaffen, die Dokumente analysieren und beschreiben sowie die Beschreibungen und Bilder in der Ausweisreferenzsammlung (Datenbank ARKILA) abbilden.
- Internationale Abklärungen über Dokumente betreffend Ausstellungsmodalitäten, Echtheit des Dokumentes, Echtheit von Personalien in Dokumenten, Herstellungsprozesse, Sicherheitsmerkmale und -elemente etc.
- Sammeln von Fälschungsinformationen zur Aufbereitung der schweizerischen Fälschungsstatistik und Betrieb der entsprechenden Datenbank FRAUDE.
- Schweizerische Spezimen wie Pass, Identitätskarten, Führerscheine, Visa etc verwalten und ausgeben.
- Qualitätskontrolle bei der Ausgabe der Schweizer Ausweise (Pass und Identitätskarte) Unterstützung bei der Neuentwicklung (Herstellung, Sicherheitselemente, Drucktechniken, international geltende Normen etc).

**ARKILA** In der viersprachigen Ausweisreferenzsammlung ARKILA (d/f/i/e) konnten im Berichtsjahr 189 neue Dokumente beschrieben und abgebildet werden. Die vermehrten Zugriffe auf ARKILA zeigen, dass die Datenbank besser genutzt wird.

Ausweisreferenzdatenbank ARKILA	2008	2007
Total verfügbare Dokumente	1'565	1'376
ARKILA Zugriffe	13'487	12'377
Benutzer	5'974	5'945

Die allgemeine Servicequalität und insbesondere die Übersetzung der Antworten in die Kundensprache führten auch im Berichtsjahr zu positiven Rückmeldungen.

### Internationale Abklärungen über Dokumente

Abklärungen	2008	2007
Aufträge ohne Terminüberwachung	379	171
Aufträge mit Terminüberwachung	149	342

Die Datenbank FRAUDE, mit der die schweizerische Statistik über gefälschte Dokumente erstellt wird, konnte im Januar 2008 eingeführt werden. Da bereits im 2007 mit einer Übergangslösung Daten gesammelt wurden, sind erste Vergleiche möglich.

### Gefälschte Dokumente

Aufgedeckte Fälschungen	2008	2007
Grenzkontrollen	3'361	3'186
Inlandkontrollen	1'603	1'656
Ausland	2	1
<b>Total</b>	<b>4'966</b>	<b>4'843</b>

## Nachforschungen nach vermissten Personen

Die Dienstleistungen umfassen Nachforschungen nach länger vermissten Personen im Auftrag von Familienangehörigen, Freunden oder Bekannten sowie Aufenthaltsnachforschungen im Auftrag von Behörden, Institutionen und gemeinnützigen Organisationen im In- und Ausland.

2008 gingen **158 schriftliche Nachforschungsgesuche** ein (2007: 174), was einer Abnahme von neun Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. 60 Prozent der Suchaufträge betrafen schweizerische, 40 Prozent ausländische Staatsangehörige. **Gut die Hälfte der gesuchten Personen wurde aufgefunden** und informiert. In 30 Prozent der Fälle verlief die Suche nicht erfolgreich. Insgesamt 15 Prozent der Anfragen sind noch in Bearbeitung, wurden zuständigkeitshalber an eine andere Stelle überwiesen oder wurden eingestellt. 2003 konnten erst 38 Prozent der Fälle gelöst werden.

**Privatpersonen** Mit 41 Anfragen bewegten sich 2008 die privaten Nachforschungsgesuche im Rahmen des letzten Jahres (2007: 48). Der Grossteil der Anfragen bezweckte die Suche nach schon länger vermissten Familienangehörigen, Freunden und Bekannten oder die dringende Suche nach Angehörigen in Krankheits- oder Todesfällen. Ebenfalls häufig waren Anfragen unehelich geborener, inzwischen erwachsener Kinder nach ihren leiblichen Eltern und / oder Halbgeschwistern. Einige Nachforschungsaufträge betrafen ausgewanderte Schweizer.

**Behörden** Mit 38 Suchaufträgen gingen 2008 mehr Anfragen von Behördenseite ein (2007: 32). Kantonale Erbschaftsämter, Sozialbehörden und Notare beantragten Aufenthaltsnachforschungen zwecks Nachlassregelungen und Familienzusammenführungen. Der konsularische

Schutz des EDA bat um Hilfe bei der Suche nach Familienangehörigen von im Ausland erkrankten, verunglückten oder verstorbenen Schweizer Bürgern. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt sowie AHV-Ausgleichs- und Arbeitslosenkassen benötigten Adressrecherchen. Polizeibehörden gelangten für unterstützende Abklärungen an den Dienst, und ausländische Vertretungen in der Schweiz ersuchten um Unterstützung bei der Suche nach in der Schweiz vermuteten Staatsangehörigen.

Nichtregierungsorganisationen wie **NGOs** das Schweizerische Rote Kreuz SRK, der Internationale Sozialdienst SSI in Genf und Zürich und die Schweizerische Fachstelle für Adoption in Zürich stellten 64 Gesuche (2007: 71). Letztere ersuchte den Dienst vermehrt um Unterstützung bei der Zusammenführung von adoptierten Kindern und ihren leiblichen Eltern. Die vom SRK zugeleiteten Aufträge stammten mehrheitlich von Personen aus Kriegsländern oder politisch instabilen Regionen und bezweckten die Suche nach in der Schweiz vermuteten Familienmitgliedern (Hauptländer 2008: Afghanistan und Somalia). In mehreren Fällen mussten in der Schweiz lebende Angehörige von Kriegsopfern im ehemaligen Jugoslawien gesucht werden, um ihnen offizielle Todesbestätigungen vom IKRK zuzustellen. Zu verzeichnen waren schliesslich Anfragen zum Verbleib von im Zweiten Weltkrieg geflüchteten oder deportierten Familienangehörigen und die Suche von ehemaligen ausländischen Kriegsferienkindern nach ihren Schweizer Gastfamilien.

Privatrechtliche Unternehmen wie **Unternehmen** Versicherungen und Banken stellten 15 Aufenthaltsnachforschungen nach Schweizerinnen, Schweizern und ausländischen Personen (2007: 23). Dabei ging es vornehmlich um Vorsorgegelder.



# 5 *Unterstützende polizeiliche Aufgaben*

Die unterstützenden polizeilichen Aufgaben von fedpol wurden von verschiedenen Einheiten in der Bundeskriminalpolizei (BKP), im Dienst für Analyse und Prävention (DAP), vom Stab für internationale Entwicklung und Krisenmanagement (SINDEC) sowie von den Abteilungen Dienste, Stab und Ressourcen wahrgenommen.

## Einsatzzentrale fedpol

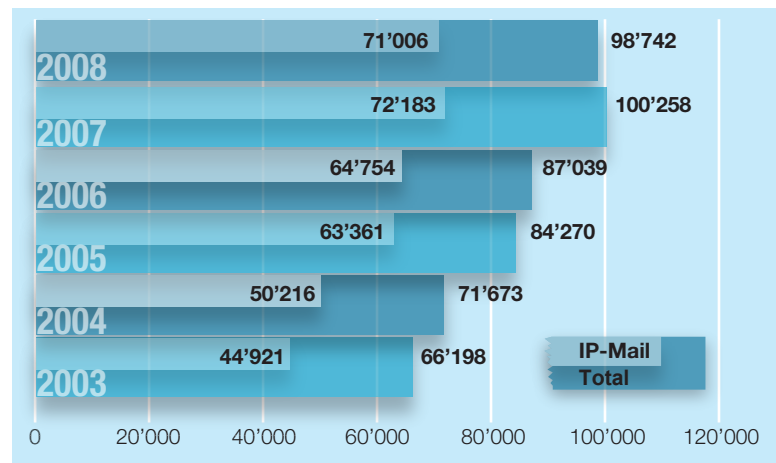
Die Einsatzzentrale fedpol (EZ fedpol) ist die kriminalpolizeiliche Anlaufstelle für sämtliche in- und ausländischen Partnerorganisationen im 24-Stunden-Dienst. Sie nimmt alle eingehenden Meldungen entgegen, bearbeitet diese und leitet sie an die zuständigen Stellen in- und ausserhalb des Amtes weiter. Die EZ fedpol koordiniert und leitet operative Einsätze wie Observationen und kontrollierte Lieferungen, stellt den kriminalpolizeilichen Schriftverkehr auch ausserhalb der Bürozeiten sicher und leitet Sofortmassnahmen wie Fahndungen und Abklärungen ein. Die EZ fedpol agiert als Single Point of Contact (SPOC) für Europol und Interpol Bern. Zudem bewirtschaftet sie eine grosse Anzahl Meldungen in eigener Regie.

### Telefonische Meldungen und Auskünfte

Die EZ fedpol bearbeitete im Jahr 2008 insgesamt 7'515 Telefonanrufe (-21.8% gegenüber 2007). Davon betrafen 3'245 Anrufe die grenzpolizeilichen und justiziellen Partner.

### Meldungsbewirtschaftung

In ihrer Funktion als Triagestelle und Informationsdrehscheibe bearbeitete die EZ fedpol im vergangenen Jahr 91'227 schriftliche Meldungen (+0.5% gegenüber 2007). Der Anteil der elektronischen Meldungen blieb gegenüber dem Vorjahr konstant. Die Papiereingänge (Post und Fax) verringerten sich gegenüber 2007 um rund 10 Prozent auf total 9'485.



Meldungseingänge EZ fedpol

Meldungsbewirtschaftung	2008	2007
IP-Mails	71'006	72'183
Fax	4'429	5'149
Post	5'056	5'106
Vulpus	2'761	2'286
Europol	2'338	1'856
Janus- / Mail	1'816	3'887
Telefon	7'515	9'488
Diverses (Gerichtsakten etc)	3'821	303
<b>Total</b>	<b>98'742</b>	<b>100'258</b>

2008 koordinierte die EZ fedpol 145 operative Einsätze wie grenzüberschreitende Observationen und kontrollierte Lieferungen (+ 6.6% gegenüber 2007).

### Operative Geschäfte

2008 erledigte das Kommissariat Erkennungsdienst insgesamt 33'371 Geschäfte (+10.1% gegenüber 2007). Darunter fielen 6'494 FIT-Scan Ein- und Ausgänge, 1'777 DNA-Geschäfte und 8'070 Interpol-Rundaussendungen.

### Erkennungsdienst

### Korrespondenz-geschäfte

So genannte Korrespondenzgeschäfte sind Meldungen, die zwingend Schriftverkehr verursachen. Insgesamt bearbeitete die EZ fedpol 4'830 (+8.6%) solche Geschäfte in folgenden Bereichen eigenständig:

Kategorie	Anzahl Geschäfte
Verständigung von Angehörigen	293
Einfache Diebstähle im Ausland	176
Waffenabklärungen	103
Internationale Rechtshilfe und Auslieferung im Auftrag des Bundesamt für Justiz	108
Fahrzeugabklärungen im Zusammenhang mit Straftaten	2'009
Abteilungsexterne Geschäfte ausserhalb der Bürozeit	962
Rückfragen, Verifizierungen, ASF-Hits-Bearbeitungen etc.	1'179

Zudem erfassten die Mitarbeitenden der EZ fedpol 2008 insgesamt 21'567 (-18%) Datenbankeinträge in JANUS, IPAS und ORMA.

## Analyse

Aufgabe der Abteilung Analyse des DAP ist es, die von der Abteilung Operationen beschafften oder sonst aus dem In- und Ausland eingegangenen und von der Abteilung Informationsmanagement vorgeprüften Meldungen auszuwerten und zugunsten einer Vielzahl von Empfängern in Berichtsform aufzubereiten.

**Berichte** Zu den Empfängern der Berichte der Abteilung Analyse zählt die Öffentlichkeit, die seit 2002 jährlich mit dem **Bericht Innere Sicherheit der Schweiz** informiert wird. Zudem erschien 2008 erstmals der ebenfalls öffentliche **Bericht des Bundesrates über die Bedrohungslage und die Tätigkeiten der Sicherheitsorgane des Bundes**, für dessen Erstellung die Abteilung Analyse in Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsorganen zuständig war.

Sie verfasste drei weitere **Berichte über Terrorismus, verbotenen Nachrichtendienst und Geldwäscherei** zuhanden der politischen Entscheidungsträger in Bund und Kantonen sowie der

Das in der EZ fedpol angegliederte SIRENE-Büro nahm den operativen Betrieb am 14. August 2008 auf. Als schweizerische Zentralstelle tauscht sie sämtliche Zusatzinformationen bei SIS-Fahndungen aus (Treffer ausländischer Fahndungen in der Schweiz und schweizerischer Fahndungen im Ausland).

### SIRENE-Büro Schweiz

Kategorie	Treffer Inland	Treffer Ausland
Festnahme zwecks Auslieferungen	37	20
Einreisesperre	1'204	114
Vermisste	81	2
Von der Justiz Gesuchte (z.B. Zeugen)	358	0
Verdeckte Registrierung	222	0
Sachen (Fahrzeuge und Ausweise)	823	17
<b>Total</b>	<b>2'725</b>	<b>153</b>

Insgesamt wurden vom Ausland 15'787 schriftliche Zusatzinformationen empfangen und 4'145 Formulare ins Ausland verschickt. Zudem bearbeitete das SIRENE-Büro 5'394 Telefonanrufe von und für Schweizer SIS-Benutzende wie Kantonspolizeien und das Grenzwachtkorps.

Strafverfolgungsbehörden, der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz und der Bundesanwaltschaft.

Die politischen Entscheidungsträger in Bund und Kantonen erhielten auch eine Vielzahl routinemässiger Produkte, wie etwa **aktuelle Lagedarstellungen**, zum Beispiel zu links- und rechtsextremistisch motivierten Ereignissen oder in der Folge der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Februar 2008.

Innerhalb des Departements bildeten die **Analyseaufträge** zu Terrorismus, Jugendgewalt und Schutzgelderpressung die Schwerpunkte.

Als Antwort auf das Postulat «Polizeistatistische Übersicht» erstellte die Abteilung Analyse in Zusammenarbeit mit dem Bundessicherheitsdienst einen Bericht, der Detailzahlen betreffend Polizeibeständen in den Kantonen und Gemeinden liefert. Zudem macht er Angaben zu finanziellen Abgeltungen des Bundes für Polizeileistungen der Kantone. Zur Tätigkeit der Abteilung gehörten weiter die Vorbereitung der Beantwortung parlamentarischer An-

fragen (2), Motionen (2), Interpellationen (2) oder die Vorbereitung von Antworten auf Anfragen von Medien und von Privatpersonen.

**Schwerpunkte** Weitere Tätigkeitsschwerpunkte der Abteilung waren:

- Die Liste der zu beobachtenden Organisationen und Gruppierungen und die Liste der regelmässigen Meldungen für die jährliche Beurteilung durch den Bundesrat.
- Die Pflege von Kontakten zu Forschungsinstitutionen, deren Projekte die Abteilung aktiv unterstützt (Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich, Mitwirkung in Beratungsgremien zum 7. EU-Rahmenprogramm Sicherheitsforschung sowie Studien im Rahmen nationaler Forschungsprogramme).
- Das Leiten der gemeinsam mit dem Strategischen Nachrichtendienst betriebenen Plattformen zu Terrorismus und Organisierter Kriminalität und die stellvertretende Leitung der Plattform Proliferation.
- Das Beantworten von an die Schweiz gerichteten Anfragen ausländischer Amtsstellen und internationaler Organisationen wie etwa der UNO, Euro-pol, Interpol oder Nato.
- Unterstützung und zur Verfügungstellen von Ressourcen vor und während der EURO 2008 für das PICC.
- Die Organisation von und Teilnahme an internationalen und nationalen Veranstaltungen und Konferenzen.
- Zahlreiche Referate im Rahmen von nationalen sicherheitspolitischen Ausbildungsmodulen, internationalen Polizeiausbildungen oder bei internationalen Gremien.

## Bundeslagezentrum

Das Bundeslagezentrum (BLZ) verfolgt sämtliche tagesaktuellen Ereignisse mit Bezug zur inneren Sicherheit. Es erstellt kurz- und mittelfristige Lageanalysen für die gesamte Schweizer Polizeilandschaft, verschiedene Amtsstellen beziehungsweise Gremien der Bundesverwaltung sowie für die übrigen in- und teilweise auch ausländischen Partner des Nachrichtenverbundes.

**Produkte** Die 2008 erstellten Produkte des BLZ lassen sich in folgende Kategorien gliedern:

- An Werktagen ein **umfassendes Lagebulletin** mit Informationen aus den Bereichen des Gewaltextremismus, des Terrorismus, der Proliferation, der Organisierten und Allgemeinen Kriminalität, der Spionageabwehr, der Migration sowie der Informationstechnologie.
- Ein laufend aktualisierter **Veranstaltungs- und Ereigniskalender**.
- Mehrere **detaillierte Lagefortschreibungen**, vor allem zu den Kernbereichen Gewaltextremismus (Rechts- und Linksextremismus) und Terrorismus (Anschläge, Drohungen und Verhaftungen mit terroristischem Hintergrund).
- Gezielte **ereignisbezogene Auswertungen von öffentlichen und vertraulichen Informationsquellen**.
- **Wöchentliche und monatliche Lageanalysen** mit aktuellen Schwerpunktthemen zur inneren Sicherheit.
- **Nachrichtenverbund bei Grossereignissen:** 2008 wurden anlässlich des Weltwirtschaftsforums Davos und des Nationalfeiertages spezielle Nachrichtenverbunde eingerichtet und mit Hilfe einer verschlüsselten elektronischen Lagedarstellung geführt.

Empfänger der Produkte des BLZ waren 2008 unter anderen die kantonalen und grösseren städtischen Polizeikorps, diverse Amtsstellen auf Stufe Kanton und Bund, die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, der Gesamtbundesrat sowie Organe der sicherheitspolitischen Führung wie die Lenkungsgruppe Sicherheit und der Sicherheitsausschuss des Bundesrates.

## Internationale Polizeikooperation

**Bilaterale Polizeikooperation** Die bilaterale Polizeikooperation der Schweiz basiert im Wesentlichen auf bilateralen Polizeiverträgen. Sie erfolgt über das Netz der Schweizer Polizeiattachés im Ausland beziehungsweise ausländischer Polizeiattachés in der Schweiz sowie die beiden Polizei- und Zollkooperationszentren mit Italien in Chiasso und mit Frankreich in Genf.

fedpol führte im Berichtsjahr Verhandlungen über den Abschluss von **Polizeikooperationsabkommen mit Serbien und der Ukraine**. Mit beiden Ländern sind eine Verstärkung des Informationsaustauschs, die Koordination operativer Einsätze, die Bildung gemeinsamer Arbeits- und Ermittlungsgruppen, die Möglichkeit der Stationierung von Polizeiattachés sowie eine Zusammenarbeit bei der Aus- und Weiterbildung vorgesehen. Die entsprechenden Verhandlungen mit Serbien konnten abgeschlossen werden, das Abkommen wird voraussichtlich im Frühjahr 2009 unterzeichnet. Mit der Ukraine finden 2009 weitere Gespräche statt.

Im Laufe des Berichtjahres genehmigten die eidgenössischen Räte ein **Polizeikooperationsabkommen mit Bosnien und Herzegowina**. Dieses dürfte im Frühjahr 2009 in Kraft treten. In der Wintersession 2008 genehmigte die Bundesversammlung ausserdem das **Abkommen mit Frankreich**, welches die Polizeikooperation auf ein mit Deutschland vergleichbares Niveau heben wird. Entsprechende Durchführungsvereinbarungen, namentlich zum Geschäftsinformationssystem des Polizei- und Zollkooperationszentrums CCPD in Genf, sowie eine technische Vereinbarung zur Umsetzung der Zusammenarbeit bei Zuwiderhandlungen im Strassenverkehr werden verhandelt.

2008 wurden **Verhandlungen mit Italien** aufgenommen, um verschiedene Massnahmen im Zusammenhang mit dem Schengener Abkommen umzusetzen. Insbesondere sollen kontrollierte Lieferungen und gemischte Patrouillen in italienisch-schweizerischen Grenzgebieten ermöglicht werden.

Daneben fanden erneut **strategische Treffen mit den internationalen Kooperationspartnern** der Schweiz statt. Im Juli 2008 weilte der Direktor des Bundesamtes für Polizei zu Gesprächen mit seinem slowenischen Amtskollegen in Ljubljana. Bei einem Treffen mit Deutschland wurden Massnahmen über den Einsatz von Luftmitteln (beispielsweise Helikop-

ter oder Drohnen) gemäss Vertrag sowie die Zusammenarbeit bei Sonderlagen, insbesondere Geiselnahmen, diskutiert.

Seit 1995 stationiert fedpol Polizeiattachés im Ausland. Sie unterstützen die Schweizer Polizei- und Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Polizeiattachés werden speziell für komplexe, bedeutungsvolle sowie politisch brisante oder äusserst dringende Fälle eingesetzt, wo eine direkte Zusammenarbeit oder Unterstützung erforderlich ist. Sie werden auch dann mit einbezogen, wenn die üblichen Melde- und Übermittlungswege erwartungsgemäss kaum oder nicht zum Erfolg führen.

### Schweizer Polizeiattachés

Momentan sind Polizeiattachés **in den USA, in Brasilien, Deutschland, Tschechien, Italien, Mazedonien und Thailand sowie bei Europol / Niederlande stationiert**.

Der Informationsaustausch auf internationaler Ebene und der Aufbau eines verlässlichen Beziehungsnetzes sind wichtige Erfolgsfaktoren in der Strafverfolgung.

Im Berichtsjahr konnte die Schweiz erreichen, dass folgende angrenzende Länder von Staaten aus betreut werden, in denen Polizeiattachés stationiert sind (so genannte **Seitenakkreditierungen**): Kanada (von den USA aus), Malta (von Italien), Ungarn und Polen (aus Tschechien) sowie Bosnien und Herzegowina und Kosovo (von Mazedonien aus).

In Vorbereitung sind zwei weitere Seitenakkreditierungen, die im Jahr 2009 in Kraft treten sollen. Malaysia und Indonesien sollen von Thailand aus betreut werden.

2008 konnte fedpol die polizeiseitige Umsetzung des Schengen-Assoziierungsabkommens für die Inkraftsetzung am 12. Dezember 2008 abschliessen. Dazu waren zahlreiche technische, operationelle und rechtliche Arbeiten nötig.

### Schengen-Assoziierungsabkommen

Voraussetzung für die Öffnung der Grenzen auf diesen Zeitpunkt hin war die **erfolgreiche Evaluation** der Schweiz durch EU-Experten. Bei fedpol und bei den kantonalen Polizeibehörden wurde über-

prüft, ob der verlangte Standard in der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit punkto Schengener Informationssystem (SIS) und punkto SIRENE-Büro erreicht wurde. Die IT-mässige Umsetzung musste fertig gestellt und das SIRENE-Büro auf den operativen Betrieb vorbereitet sein. Die hierfür notwendigen Rechtsgrundlagen wurden in Kraft gesetzt. Der Schweiz wurde ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt.

Die ersten Erfahrungen mit dem neuen Fahndungsmittel und der zentralen Ansprechstelle bei fedpol sind äusserst positiv. Die Abläufe zwischen den verschiedenen Beteiligten, wie Kantonspolizeien, Bundesamt für Justiz, Bundesamt für Migration und weiteren Stellen sind zweckmässig und effizient. Die erfolgreiche Zusammenarbeit belegen auch die Zahlen in der Schweiz: **durchschnittlich** wurden dem SIRENE-Büro **pro Tag 25 SIS-Treffer** gemeldet.

Seit der Unterzeichnung des Schengen Assoziierungsabkommens 2004 wurden der Schweiz **39 fedopl-relevante Weiterentwicklungen** notifiziert und vom Bundesrat genehmigt. So verabschiedete er im November 2008 die Botschaft zur Vereinfachung des Informationsaustausches zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Schweiz und der Schengen-Staaten sowie das entsprechende, so genannte Schengen-Informationsaustausch-Gesetz, zu Händen des Parlaments.

**Europol** Die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Europol wurde 2008 weiter intensiviert. So stiegen im Berichtsjahr die zwischen der Schweiz und Europol **ausgetauschten Meldungen** pro Monat von durchschnittlich 140 auf 200. Die Meldungen betrafen unter anderen die Bereiche Menschenhandel und -schmuggel, illegaler Drogenhandel sowie Terrorismus.

Europol ist auch ein Analysezentrum. In speziellen Analysedateien (Analysis Work Files / AWF) werden polizeiliche Informationen der Mitgliedstaaten gesammelt und ausgewertet. Die Analysen ermöglichen es den Strafverfolgungsbehörden, ihre Ermittlungen gegen international agierende Straftäter an die Hand zu nehmen oder laufende Ermittlungen gezielter und effizienter zu führen. Die Schweiz ist inzwischen an den **vier Analysedateien Organisierte Kriminalität, Islamistischer Terrorismus, Kinderpornografie und Mehrwertsteuerbetrug**

beteiligt. Das Thema Mehrwertsteuerbetrug wird zusammen mit den Steuerstrafverfolgungsbehörden des Bundes betreut. Die Mitgliedschaft in weiteren AWFs, unter anderem in den Bereichen des Menschen- und Drogenhandels, wird derzeit geprüft.

Die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Europol basiert auf einem internationalen Vertrag, dem so genannten Europolabkommen, welches seit 1. März 2006 in Kraft ist. Dieses Abkommen sieht **strenge Regelungen für den Datenaustausch** vor. Informationsanfragen und -antworten zwischen Europol und der Schweiz müssen einem hohen Standard entsprechen. Insbesondere müssen sämtliche Informationen, die übermittelt werden sollen, einer speziellen Prüfung und Bewertung unterzogen werden. Um den bereits erreichten hohen Standard weiter zu optimieren, wurden die gesicherte Schweizer Europol-Intranetseite überarbeitet, ein spezielles Schulungsprogramm bei den Kantonen umgesetzt sowie Stages von fedpol-Mitarbeitern bei Europol realisiert.

Das Europol-Abkommen ermöglicht, personenbezogene Daten auszutauschen, nicht jedoch klassifizierte Daten zu übermitteln. Diese **Lücke im Informationsaustausch soll** durch den Abschluss eines Vertraulichkeitsabkommens **geschlossen werden**.

Gemäss den Statuten der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation **Interpol** bezeichnet jedes Mitgliedsland eine Polizeibehörde, die mit den Aufgaben eines Nationalen Zentralbüros betraut ist. In der Schweiz ist fedpol dafür zuständig. Das Bundesamt vermittelt Informationen zur Verfolgung und Verhütung von Straftaten, zur Vollstreckung von Strafen und Massnahmen sowie zur Suche nach Vermissten und Identifizierung von Unbekannten.

Die erste Funktion von Interpol besteht im **Austausch von Informationen** durch ein sicheres, globales Kommunikationssystem. 2008 verzeichnete fedpol total 71'006 elektronische Meldungseingänge sowie 26'910 -ausgänge. Während die Interpolmeldungen gegenüber 2007 stabil blieben, stiegen die ausgehenden Meldungen um rund 20 Prozent. Der überwiegende Teil der Meldungen betrifft den kriminalpolizeilichen Informationsaustausch zu Personen, Sachen und Sachverhalten. Ein Spezialfall ist der Austausch von erkennungsdienstlichen Daten zur internationalen Identifizierung. In diesem Zu-



sammenhang verzeichnete fedpol 10'248 Eingänge und 1'309 Ausgänge. Die meisten Daten waren Fingerabdrücke. An Bedeutung gewinnt auch der internationale Austausch von DNA-Profilen (786 Eingänge und 991 Ausgänge).

Als zweite Funktion betreibt Interpol **allgemeine und spezifische Datenbanken**. In der Schweiz erfolgt die Abfrage für nicht-personenbezogene Daten teilweise automatisiert via nationales Fahndungssystem RIPOL. Die Schweiz tätigte im Berichtsjahr 11'399 Fahrzeugabfragen, woraus 26 Treffer über gestohlene Fahrzeuge resultierten. Die Datenbank über gestohlene und verlorene Reisedokumente wurde aus der Schweiz 5'526'699 mal abgefragt, was zu 1'210 Treffern führte. Die 3'243 Abfragen der Personendatenbank von Interpol erbrachten 412 Treffer.

Im Rahmen der dritten Funktion leistet Interpol **allgemeine und operationelle Unterstützung**, beispielsweise in Form von Fachwissen über spezifische Kriminalitätsbereiche oder mit Vorschlägen, wie die Zusammenarbeit zwischen den Nationalen Zentralbüros optimiert werden kann. 2008 war fedpol in 28 Organen, Arbeitsgruppen und Expertengremien von Interpol vertreten. Der überwiegende Teil dieser Gremien ist operativer Natur und bearbeitet unterschiedliche Bereiche der transnationalen Kriminalität wie Terrorismus, Organisierte Kriminalität, Menschenhandel, Pädokriminalität, Cyberkriminalität, Drogenhandel, Geldfälschung, Raub, Kunstdiebstahl oder Fahrzeugkriminalität.

Im November 2008 fand eine **Überprüfung der Dienstleistungsstandards** durch eine Interpol-Evaluationskommission statt. Die Kommission stellte in ihrem Schlussbericht fest, dass fedpol die geforderten Standards weitgehend erfüllt. Die Umsetzung der von der Kommission erlassenen Empfehlungen wurde zwischenzeitlich an die Hand genommen.

## Multilaterale Polizeikooperation

Die multilaterale Polizeikooperation der Schweiz umfasst die Zusammenarbeit mit diversen internationalen Organisationen wie der UNO, dem Europarat, der OSZE sowie Netzwerke zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität wie RAILPOL oder die Mitteleuropäische Polizeiakademie. Auch gehören die internationalen Aktivitäten der Schweiz zur Polizeireform in andern Staaten dazu.

Seit 18. Dezember 2008 sind das Bundesamt für Polizei und das Schweizerische Grenzschutzkorps Mitglieder des **Netzwerks der europäischen Bahnpolizeien RAILPOL**. Ziel ist, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der EU im Bereich der Eisenbahnpolizei zu verbessern und zu koordinieren. Im Vordergrund steht der Austausch von «Best Practices».

Weiter wirkte die Schweiz 2008 bei der **Evaluation und Neuausrichtung der internationalen Drogenpolitik** unter Federführung der United Nations Organisation for Drugs and Crime mit. Der diesbezügliche internationale Aktionsplan wurde überarbeitet und aufdatiert. Diese Aufdatierung soll im März 2009 anlässlich einer speziellen Sitzung der UNO-Drogenkommission verabschiedet werden.

Die Schweiz unterstützt die Mitgliedstaaten der **Polizeikooperationskonvention (PCC) in Südosteuropa** bei der Umsetzung ihrer Polizeireformen. Die PCC ist seit Juli 2008 in Kraft und enthält weitreichende Bestimmungen für die internationale Polizeikooperation unter den Mitgliedern. Ende September 2008 erklärte auch Bulgarien seinen Beitritt zur Konvention, die nun acht Mitgliedstaaten zählt. Die Schweiz wirkt einerseits bei den Arbeitsgruppen zur Umsetzung der polizeilichen Zusammenarbeit mit und finanziert andererseits einen Teil des Sekretariats der PCC, welches seine Arbeit im September 2008 aufgenommen hat.

Die Schweiz beteiligte sich an der Durchführung verschiedener Ausbildungsveranstaltungen der **Mitteleuropäischen Polizeiakademie** zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Schwerstkriminalität. Insgesamt 30 Polizeiangehörige verschiedener kantonaler Polizeikorps besuchten die spezifischen Seminare.

Das Bundesamt für Polizei ist zuständig für die operationelle Führung und Betreuung der Schweizer Polizeiberater in multilateralen Einsätzen zur Polizeireform in Krisenstaaten. Das bedeutet auch, Missionen der UNO, der EU und weiterer Organisationen mit geeignetem Personal zu versorgen. Zudem gilt es, die im EDA für die politischen und finanziellen Belange zuständige Stelle fachlich zu beraten und die Schweiz international zu vertreten.

Im Jahr 2008 waren neun Polizeiberater **im Kosovo** tätig, fünf **in Bosnien und Herzegowina** und je deren zwei **in Georgien** und **der Elfenbeinküste**, wo die Schweiz den Chef der UNO-Polizei stellte. Ein Polizeiberater war in einer Spezialeinheit bei der

UNO **in New York** tätig, die Einsätze zur Polizeireform vorbereitet. Fünf Stellen hatten grenzpolizeiliche Aufgaben und wurden deshalb durch das Grenzwachtkorps besetzt.

## Fahndungen RIPOL

Die Sektion Fahndungen RIPOL ist verantwortlich für den Betrieb und den Ausbau des automatisierten Fahndungssystems RIPOL, das Datenbanken für Personen-, Fahrzeug- und Sachfahndungen sowie für ungeklärte Straftaten umfasst. Dieses System gewährleistet rasche, einfache und gesamtschweizerisch einheitliche Fahndungen. Die Sektion ist ferner zuständig für den automatisierten Datenaustausch mit dem Ausland und somit Koordinationsstelle für die Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat Interpol in Lyon.

Die Sektion betreut ausserdem im Namen der Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz die Homepage [www.swisspolice.ch](http://www.swisspolice.ch). Der gemeinsame Internetauftritt der schweizerischen Polizei bezweckt die Vereinheitlichung der Kommunikation zwischen Bevölkerung und Polizei. Er ergänzt die kriminalpolizeiliche Fahndung und Prävention. Die Website dient der Ermittlung bei Verbrechen oder Vergehen, der Fahndung nach Personen und Sachen von grossem Wert und/oder grosser Bedeutung, sowie der Verbrechensprävention, insbesondere der Verbreitung von Warnmeldungen an die Bevölkerung.

Der Dienst Benutzerverwaltung / Anwendungsbetreuung war 2008 hauptsächlich mit der Realisierung des Projektes **Neue Personenfahndung** beschäftigt. Damit werden folgende Ziele verfolgt:

- Modernisierung der nationalen Fahndungssysteme RIPOL, insbesondere der Personenfahndung.
- Internationale Anbindung an Interpol und das Schengener Informationssystem (SIS).
- Datenaustausch bundesintern (Bundesamt für Justiz) sowie mit den Kantonen und dem Ausland (bilaterale Verträge mit Deutschland, Österreich und Liechtenstein).

Datenbestand RIPOL per 31.12.	2008	2007
Anzahl User: ca. 25'000		
Personen	196'130	173'786
Fahrzeuge		
(inkl. Fahr- / Motorräder)	308'535	265'022
Fahrzeugkennzeichen	347'440	303'980
Ungeklärte Straftaten	1'239'323	1'084'533
Geschädigte	945'733	822'804
Sachen	2'123'284	1'979'235
Signalelemente	44'877	41'157
Spuren	42'685	40'124

### Erfasste Datenmenge

#### Personenfahndungen

Haftbefehle (national)	11'285	14'701
Haftbefehle (regional)	21'238	18'437
Aufenthaltsnachforschungen (national)	3'492	4'436
Aufenthaltsnachforschungen (regional)	29'084	34'460
Fernhaltemassnahmen (national)	10'336	17'232

#### Sachfahndungen

Fälle	196'557	199'604
Signalelemente	4'073	3'630
Spuren	2'897	4'041
Sachen	145'979	150'972
Geschädigte	141'963	126'159

#### Fahrzeugfahndungen

Fahrzeuge	9'315	10'440
Fahrräder, Motorfahrräder und gestohlene VINs	43'517	44'951
Kennzeichen	35'835	37'742
Fahrrad-, Motorfahrrad kennzeichen	40'258	40'753

#### Aktive Fahndungen

Dringende Meldungen bekannt (national)	9'953	9'209
Dringende Meldungen bekannt (regional)	3'104	2'789
Übrige Meldungen (national)	1'091	1'152
Übrige Meldungen (regional)	2'492	3'603

## AFIS DNA Services

Die AFIS DNA Services sind das nationale Dienstleistungszentrum des Bundesamtes für Polizei für die biometrische Personenidentifikation mittels Finger- und Handballenabdrücken sowie DNA. Kunden sind die Polizeistellen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein, das Bundesamt für Migration (Asylwesen), das Grenzwachtkorps sowie das Departement für auswärtige Angelegenheiten (Visumwesen). Die Dienstleistungen stehen rund um die Uhr zur Verfügung.

**Anfragen** 2008 wurden rund 67'000 sogenannte 2-Finger-Anfragen (Personenüberprüfungen basierend auf den beiden Daumenabdrücken) den AFIS DNA Services übermittelt und die Resultate nach spätestens 10 Minuten der anfragenden Stelle mitgeteilt. Insgesamt verarbeiteten die AFIS DNA Services im Berichtszeitraum zirka **142'000 Identifikationsanfragen**, davon rund 25'000 aufgrund von DNA-Profilen sowie 117'000 mittels Fingerabdrücken.

Mit 5'940 sogenannten Personen-Spur-Treffern (davon 4'188 auf DNA basierend) stieg die Erfolgsquote bei den **Tatortspuren** gegenüber dem Vorjahr deutlich. Zusätzlich wurden in 733 Fällen **Tatortzusammenhänge** (so genannte Spur-Spur-Treffer) über einen positiven DNA-Vergleich erkannt.

Die Kunden erhalten die Ergebnisse der Identifikationsanfragen in gesicherter, elektronischer Form. Diese können sowohl zur Entlastung als auch zur Belastung der betroffenen Person beitragen.

Im Jahr 2008 konnte die Qualität der Dienstleistungen in den Bereichen Organisation, Prozesse und Technik erheblich erhöht werden. Besonders erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist das erfolgreiche Audit zur **Akkreditierung** der AFIS DNA Services **nach dem ISO-Qualitätsstandard 17025** für Prüflaboratorien.

Der Bereich AFIS erhielt im Jahr 2008 **Mobile Geräte** mobile Überprüfungsgeräte für 2-Finger-Anfragen. Diese werden bei Polizei und Grenzwachtkorps für die Personenidentifikation ausserhalb der Dienststellen eingesetzt und haben sich – beispielsweise bei der EURO 2008 – sehr bewährt.

Im Rahmen der Umsetzung von **IT-Infrastruktur** Schengen / Dublin wurde die IT-Infrastruktur dahingehend angepasst, dass parallel zu nationalen Personenüberprüfungen auch die Datenbank der Dublin-Staaten «Eurodac» konsultiert werden kann, sofern die rechtlichen Bedingungen erfüllt sind.

Das zentrale **AFIS** wurde einem **Upgrade** unterzogen, wobei leistungsfähigere, erweiterte Erkennungsverfahren zum Einsatz kommen, die schnellere und präzisere Suchläufe zulassen.

Im Bereich der DNA-Profil-Datenbank CODIS führte der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte im ersten Semester 2008 eine «Sachverhaltsabklärung DNA-Profil-Datenbank» durch. Er stellte fest, dass «bei den überprüften Datenbearbeitungen der **Datenschutz vollumfänglich eingehalten** wird».



## Rechtsetzung

Der Rechtsdienst ist das Kompetenzzentrum des Amtes für rechtliche Belange. Er führt die Rechtsetzungsprojekte des Amtes und instruiert Verfügungen zu Gewaltpropagandamaterial und Einreisesperren. Die Sektion beurteilt Amtsgeschäfte und Projekte aus rechtlicher und datenschützerischer Sicht. Der Bereich Datenschutz berät die Mitarbeitenden und instruiert Auskunft- und Löschgesuche.

des Bundes positiv gegenüber stehen. Der Rechtsdienst hat die entsprechenden Arbeiten für einen Vernehmlassungsentwurf unter Einbezug von kantonalen Vertretungen aufgenommen. Der Bundesbeschluss zum Beitritt zur Konvention soll dem Parlament, zusammen mit dem Gesetzesentwurf für den ausserprozessualen Zeugenschutz, unterbreitet werden.

**Polizeigesetzgebung** Nachdem eine interdepartementale Arbeitsgruppe unter Führung des Rechtsdienstes fedpol den Regelungsbedarf im Polizeirecht des Bundes analysiert hatte, befasste sie sich im Berichtsjahr insbesondere mit der Struktur und dem Geltungsbereich der Polizeigesetzgebung und klärte die Frage, auf welcher Verfassungsgrundlage der Bund im Polizeibereich Gesetze erlassen kann. Aufgrund der erarbeiteten Normkonzeptstudie erteilte die Departementsvorsteherin EJPD den **Auftrag**, unter Einbezug der Kantone, **einen Vernehmlassungsentwurf auszuarbeiten**.

Das **Bundesgesetz** über die polizeilichen Informationssysteme (BPI) wurde am 13. Juni 2008 in der parlamentarischen Schlussabstimmung **gutgeheissen**. In der Folge musste das Ausführungsrecht zum BPI ausgearbeitet werden. Dieses umfasste den Erlass zweier neuer Verordnungen (Polizeiindex und N-SIS) sowie die Anpassungen der bisherigen Verordnungen zu den betroffenen polizeilichen Informationssystemen (JANUS, IPAS, RIPOL).

### Polizeiliche Informationssysteme

Eine dritte, neue Verordnung über die Anpassungen an das Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme enthielt sämtliche terminologischen Änderungen in weiteren Verordnungen, die von der Inkraftsetzung des BPI betroffen waren. Die Verordnung vom 7. Mai 2008 über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems (N-SIS) und das SIRENE-Büro ist bereits am 1. Juni 2008 in Kraft getreten, um die Inbetriebnahme des Schengener Informationssystems (SIS) und dessen Evaluation durch die EU zu ermöglichen.

Am 18. Juni 2008 nahm der Bundesrat vom übrigen Ausführungsrecht Kenntnis und ermächtigte das EJPD zur Konsultation der parlamentarischen Kommissionen. Nach deren Zustimmung wurden die **Verordnungen** am 15. Oktober 2008 vom Bundesrat gutgeheissen und traten gleichzeitig mit dem BPI am 5. Dezember 2008 **in Kraft**.

**Videoüberwachung** Der Bericht «Videoüberwachung zu Sicherheitszwecken in Bahnhöfen, Flughäfen und an anderen öffentlichen Orten» (VSB) des EJPD vom September 2007 enthielt den Vorschlag, die Verordnung vom 27. Juni 2001 über das Sicherheitswesen in Bundesverantwortung zu revidieren. Die **Aufbewahrungsdauer für Videoaufzeichnungen** sollte angemessen verlängert werden. Der Rechtsdienst setzte die auf Bundesebene vorgeschlagene Massnahme um. Die revidierte Verordnung trat am 1. Oktober 2008 in Kraft.

**Menschenhandel** Der Bundesrat hat am 2. Juli 2008 die Unterzeichnung der Europaratskonvention gegen Menschenhandel beschlossen, welche im September beim Europarat in Strassburg unterschrieben wurde.

Die schweizerische Rechtsordnung steht mit dem Inhalt des Übereinkommens weitgehend in Einklang; **Regelungsbedarf** besteht einzig **beim ausserprozessualen Zeugenschutz**. Da solche Schutzmassnahmen die Zuständigkeit der Kantone stark berühren, mussten diese vorgängig angefragt werden. Es zeigte sich, dass die Kantone die Unterzeichnung der Konvention befürworteten und den nötigen Umsetzungsarbeiten unter Federführung

Im Rahmen der Assoziierung an **Waffenrecht** Schengen wurde das schweizerische Waffenrecht an eine EU-Waffenrichtlinie über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen angepasst. Diese Anpassung ist gemeinsam mit der nationalen Revision des Waffenrechts auf den Zeitpunkt der Schengen-Inkraftsetzung per 12. Dezember 2008 in Kraft getreten.

Die **EU-Waffenrichtlinie** wurde in der Zwischenzeit jedoch **einer Revision unterzogen**, weil die

EU dem UNO-Feuerwaffenprotokoll beigetreten ist. Da diese Änderungen als so genannte Schengen-Weiterentwicklung innerhalb von zwei Jahren **in schweizerisches Recht umzusetzen** sind, hat der Rechtsdienst einen entsprechenden Vernehmlassungsentwurf ausgearbeitet. Am 26. September 2008 eröffnete der Bundesrat die **Vernehmlassung**.

**Sprengstoffgesetz** Der Bundesrat beauftragte das EJPD mit der **Revision des Sprengstoffgesetzes und der Sprengstoffverordnung**, um das Schweizer Recht dem in der EU geltenden Produktrecht anzugleichen. Insbesondere mussten die Regelungen über Einfuhrgenehmigungen, Bewilligungen für den Umgang mit pyrotechnischen Gegenständen und über die Kennzeichnung von Sprengstoffen mit den einschlägigen EU-Richtlinien in Einklang gebracht werden. Im Rahmen der Revision konnten auch einige Diskrepanzen beseitigt werden, die sich in der langjährigen Anwendung des Gesetzes zeigten.

Das Sprengstoffgesetz wurde im Zuge der Teilrevision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse geändert. Die Änderungen und die Botschaft wurden am 25. Juni 2008 durch

den Bundesrat verabschiedet. Die Arbeiten zur Änderung der Sprengstoffverordnung sind noch im Gange. Die Verordnung wird voraussichtlich im Juli 2010 in Kraft treten.

Am 21. Mai 2008 hat der Bundesrat auf Antrag des VBS beschlossen, per 1. Januar 2009 die mit den nachrichtendienstlichen Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit betrauten Teile des Dienstes für Analyse und Prävention (DAP) inklusive Bundeslagezentrum ins VBS zu überführen. Diesen Transfer nahm fedpol zum Anlass, die Zuteilung der bei fedpol verbleibenden DAP-Teile und punktuelle Verbesserungen der Organisation in einem internen Reorganisationsprojekt EQUILIBRE anzugehen (vgl. Einleitung).

**Reorganisation fedpol**

Sowohl für den Transfer der DAP-Teile als auch für die übrige Reorganisation von fedpol waren **umfangreiche formale Anpassungen** in den Organisationsverordnungen der betroffenen Departemente sowie in zahlreichen Gesetzen und Verordnungen erforderlich, die der Bundesrat am 12. Dezember 2008 verabschiedete. Die Änderungen sind fristgerecht **auf den 1. Januar 2009 in Kraft getreten**.

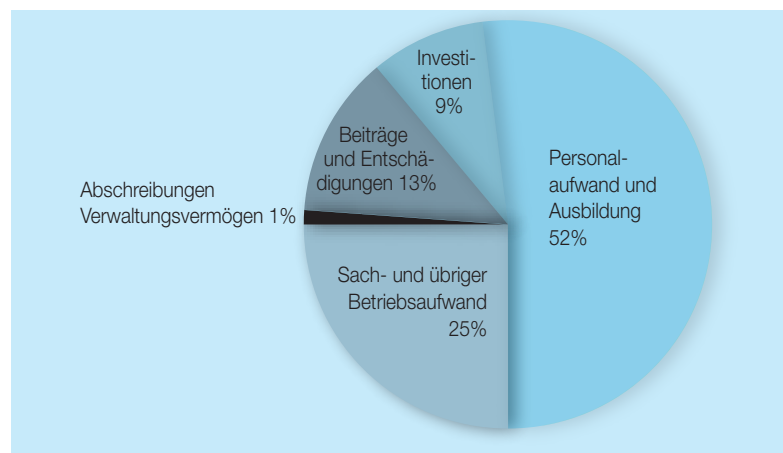
**Ressourcen**

Die Abteilung Ressourcen erbringt in den Bereichen Finanzen, Informatik, Personal und zentrale Dienste Dienstleistungen zugunsten aller Einheiten des Amtes.

**Finanzen** Der Bereich Finanzen ist für die Finanzplanung, die Budgetierung, das Finanzcontrolling und -reporting sowie für die Kreditmittelüberwachung auf Stufe Amt zuständig.

Dem Bundesamt für Polizei stand 2008 für die Umsetzung des Kernauftrages ein **Budget von rund 241 Millionen Franken** zur Verfügung.

Die Begleitung der Grossprojekte der Informatik sowie die finanzielle Umsetzung der organisatorischen Veränderungen gehörten im 2008 zu den wesentlichen Herausforderungen im Bereich Finanzen.



Rechnung 2008

**Informatik** Kaum ein polizeiliches Aufgabenfeld lässt sich ohne die Unterstützung der Informatik bewerkstelligen. So werden beispielsweise **47 verschiedene Fachanwendungen** (Informationssysteme) betrieben und betreut, die für die tägliche Arbeit benötigt werden und zwingende Voraussetzung sind, um den Leistungsauftrag gegenüber den nationalen und kantonalen Partnerbehörden zu erfüllen. Neue rechtliche Grundlagen und internationale Verpflichtungen, welche die Schweiz eingeht, haben neue oder erhöhte Anforderungen an die Informatik zur Folge, wie beispielsweise die Vorgaben der EU im Zusammenhang mit der Umsetzung des Schengener Abkommens.

2008 unterstützte der Bereich Informatik insbesondere folgende **Grossprojekte**: Polizeiseitige Anbindung der Schweiz an das Schengener Informationssystem (SIS I), die Einführung des Biometrischen Passes und die schweizerische Hooligandatenbank, welche fristgerecht für die EURO 2008 in den Betrieb genommen werden konnte.

**Personal** Per Dezember 2008 arbeiteten **953 Mitarbeitende** bei fedpol. Beim Bundesamt für Polizei sind die unterschiedlichsten Berufsgruppen vertreten. Nebst Polizistinnen und Polizisten und Kriminologen sind dies vor allem Juristinnen und Juristen, Volkswirtschaftler, IT-Spezialisten, Finanzfachleute aber auch Psychologen, Handwerker und kaufmännische Mitarbeitende.

70 Prozent aller Mitarbeitenden waren 2008 zwischen 30 und 42 Jahre alt. Der Frauenanteil ist seit Jahren stabil und liegt bei durchschnittlich 30 Prozent. Davon besetzten im Berichtsjahr 15 Prozent eine Kaderposition.

75 Prozent der Mitarbeitenden sind deutscher, rund 20 Prozent französischer und 5 Prozent italienischer Muttersprache. Daneben gibt es auch Mitarbeitende mit rätoromanischer und anderer sprachlicher Herkunft.

In der Sektion Zentrale Dienste sind die Bereiche Archivierung und Dokumentation, Sicherheit und Technik, Beschaffungsstelle und Materiallogistik sowie das Postoffice vereinigt. **Zentrale Dienste**

Der Bereich **Archivierung und Dokumentation (POLDOK)** führt die Akten systematisch nach und weist die Verwaltungstätigkeit für alle Sachgeschäfte des Amtes nach (Registratur). Der Bereich beschafft und vermittelt Sachinformationen und führt die Dokumentation für die mit präventiven und repressiven Aufgaben betrauten Einheiten des Amtes.

2008 wurden rund 7'350 Posteingänge verarbeitet und rund 5'510 Schriftstücke ad acta gelegt. Weiter wurden rund 2'000 Kundenanfragen beantwortet, 121 Recherchen durchgeführt und insgesamt 3'876 Publikationen (Amtdruckschriften und andere) an Mitarbeitende von fedpol abgegeben.

Der Bereich **Sicherheit und Technik** übernimmt Aufgaben des Sicherheitsmanagements für Personen und Gebäude inklusive Zutrittskontrollsystem (Badge). Dazu kommen Fahrzeugmanagement, Bauprojektleitungen sowie die Notfallorganisation.

Im Jahr 2008 wurden an 26 Fahrzeugen polizeitechnische Ein-, Aus- und Umbauten vorgenommen. Das Fahrzeugmanagement war für den Unterhalt von 159 Fahrzeugen verantwortlich. Insgesamt wurden 381 Reparaturaufträge, 318 saisonbedingte Radwechsel, sowie 78 Schadensfälle bearbeitet.

Der Bereich **Beschaffung und Materiallogistik** erbringt Dienstleistungen in der Materialbewirtschaftung, im Raum- und Umzugsmanagement, für Telefonie und Büromatik.

2008 wurden 470 Umzüge durchgeführt und 915 Telefonmutationen wie Spezialschaltungen und Installationen umgesetzt.

Das **Postoffice** organisiert mehrmals täglich den Kurierdienst sowie die Postverteilung innerhalb und ausserhalb des Amtes. Es tätigte 2008 zirka 6'511 Kuriergänge und bewältigte ungefähr 23 Tonnen Posteingänge sowie rund 8 Tonnen Postausgänge.

**Mit der UEFA Europameisterschaft 2008 waren verschiedenste Sicherheitsaspekte verbunden. Entsprechend haben praktisch alle Einheiten von fedpol im Rahmen dieses Grossanlasses Sonderaufgaben übernommen.**

So hat fedpol beispielsweise die **Grundlagen für die polizeiliche Zusammenarbeit** mit den Teilnehmer-, Anrainer- und Transitstaaten geschaffen. Dazu wurden 15 Absichtserklärungen unterzeichnet, zusätzlich auch mit Europol. fedpol organisierte die Unterstützung der Polizeikräfte von Basel, Zürich und Genf durch Ordnungsdienstkräfte aus Deutschland und Frankreich und betrieb das nationale Police Information and Coordination Centre (PICC).

**PICC Schweiz** Das PICC Schweiz basierte auf dem Bundeslagezentrum des Dienstes für Analyse und Prävention von fedpol sowie den im Nachrichtenverbund zusammengefassten Organen des Bundes und der Kantone. Es verfügte daher über mehrfach bei Grossveranstaltungen erprobte Strukturen und Abläufe. Für die Dauer der EURO 2008 wurde eine grosse Zahl weiterer Partner in diesen Verbund integriert.

Insgesamt bediente das PICC den Nachrichtenverbund mit 83 klassifizierten Lageberichten und 500 Einzelinformationen, die aus über 1'500 eingegangenen Meldungen generiert wurden. Diese standen in der **Elektronischen Lagedarstellung** (ELD) zur Verfügung, die für die spezifischen Bedürfnisse der EURO 2008 angepasst worden war. Zudem wurde täglich ein umfassender interner Lagerapparat durchgeführt.

Das PICC diente als **Single Point of Contact** für alle Belange der polizeilichen Lage. Entsprechend wurde auch die **Schweizerische Zentralstelle Hooliganismus** in das PICC integriert, die für den Einsatz der szenekundigen Beamten verantwortlich zeichnete, den so genannten «Spotters». Das PICC war ebenfalls **Stationierungsort verschiedener** polizeilicher und nachrichtendienstlicher **Verbindungsbeamter aus dem In- und Ausland**. Es nahm Anfang Mai 2008 seinen Betrieb auf, arbeitete ab Juni 2008 im 24-Stunden-Betrieb und von Beginn weg sehr eng mit dem PICC Österreich zusammen.

Der internationale Informationsaustausch über «Gewalttäter Sport» sowie die im In- und Ausland getroffenen präventiven Massnahmen wie Stadion- und Rayonverbote, Meldeauflagen, Ein- und Ausreiseverbote, Gefährderansprachen hielten vermehrt Risikofans von der Reise in die Schweizer Austragungsorte ab.

### Massnahmen «Gewalttäter Sport»

Die Schweiz erhielt aus zwölf Teilnehmerländern Daten von Risikofans und nahm rund 6'700 ausländische «Gewalttäter Sport» temporär in die **Hooligan-Datenbank HOOGAN** auf, in welcher bereits 380 inländische Personen erfasst waren. Sämtliche temporär aufgenommenen ausländischen Daten wurden, wie mit den meldenden Staaten vereinbart, am 30. Juni 2008 wieder gelöscht.

Unmittelbar vor und während der EURO 2008 verfügte der Dienst für Analyse und Prävention (DAP) gegen rund 230 ausländische «Gewalttäter Sport» **befristete Einreiseverbote**.

Frühzeitig intensivierte der DAP die Informationsbeschaffung bei den nationalen und internationalen Partnern. Er erstellte regelmässig **Lage- und Bedrohungsbeurteilungen** sowie planerische Vorbereitungen für den Fall von konkreten Ereignissen.

### Terrorismus und gewalttätiger Extremismus

Der Bundessicherheitsdienst (BSD) disponierte und koordinierte die Sicherheitsmassnahmen für 53 nach Völkerrecht zu schützende Personen. Während der ganzen Dauer der EURO 2008 wurden keine aussergewöhnlichen Vorkommnisse verzeichnet.

### Völkerrechtlich geschützte Personen

Unter der Führung von fedpol wurde in Bern die «Medieninformationsszentrale Sicherheit» betrieben. Diese diente zum einen der Absprache zwischen allen Partnern, zum andern erbrachte sie Leistungen zu Gunsten aller Sicherheitskräfte. So erstell-

### Medieninformations- zentrale

te die Zentrale täglich einen internen **Newsletter** in Deutsch, Französisch und Italienisch sowie für die Medien einen **Tagesüberblick** über die Ereignisse im Bereich Sicherheit, der zusätzlich noch in Englisch veröffentlicht wurde.

Zudem stellte die Zentrale eine **Internetplattform** zur Verfügung, auf der alle Sicherheitskräfte ihre Medienmitteilungen zur EURO 2008 publizieren konnten.

Insgesamt wurden 150 telefonische Anfragen und unzählige E-Mails behandelt. Die 36 Ausgaben des Newsletters hatten einen Gesamtumfang von gegen 100 Seiten pro Sprache. Die elektronische Plattform, auf welcher der Newsletter greifbar war, wurde rund 25'000 mal besucht, und die Website verzeichnete im Juni 2008 über 130'000 Zugriffe.

**Gastgeberhandbuch Sicherheit**

Bereits in der Projektphase war unter der Federführung von fedpol zudem das «Gastgeberhandbuch Sicherheit» erstellt worden, das schweizweit in einer Auflage von rund 55'000 Exemplaren abgegeben wurde. Das Handbuch diente den Sicherheitskräften als Begleiter auf ihrer Gratwanderung zwischen der Rolle als «Freund und Helfer» und dem konsequenten Durchgreifen gegen Delinquenten. Es umfasste auf 180 Seiten und 32 Faltp länen nützliche **Informationen zum Sportanlass und zum Sicherheitseinsatz**, vom Spielplan über Botschaftsadressen und Informationen zum Fanverhalten bis hin zu einem Sprachführer mit gängigen Vokabeln und Wendungen für die Themenbereiche Fussball und Sicherheit in den UEFA-Sprachen Deutsch, Englisch und Französisch.

**Polizeiliche Massnahmen**

Während der EURO 2008 wurden **420 Personen verzeigt**, und es mussten **rund 1'000 freiheitsentziehende Massnahmen** (Festnahmen, Verhaftungen) getroffen werden. Bei einer Besucherzahl von rund 4,8 Millionen entspricht dies einem Verhältnis von 1:4'800. Bei der WM 2006 in Deutschland betrug dieser Wert 1:2'330. Hier wie dort lagen die polizeilichen **Probleme also im Promillebereich**. Dies bestätigte auch der Bundesrat in seiner Bilanz: «Das Sicherheitskonzept hat sich bewährt. Die EURO 2008 war jederzeit friedlich. Die Zusammenarbeit zwischen den Host Cities, den Kantonen, dem Bund und weiteren Partnern funktionierte. Die in- und ausländischen Sicherheitskräfte kooperierten vorbildlich.»

Kennzahlen EURO 2008	
Einsatztage Polizei CH	50 000
Einsatztage Polizei D	3 910
Einsatztage Polizei F	1 070
Freiheitsentziehende Massnahmen (Festnahmen, Verhaftungen)	1 000
Verzeigungen	420
Lageberichte PICC	83
Eingegangene Meldungen PICC	1 500
Einreiseverbote	230
HOOGAN-Datensätze Ausland	6 700
Gemäss Völkerrecht geschützte Personen	53

# Glossar

Abkürzung	Name
AFIS	Automated Fingerprint Identification System
ALD	Ausländerdienst
ARKILA	Ausweisreferenzsammlung
ASF	Automated Search Facility – Stolen / Lost Travel Documents and Stolen Motor Vehicles
AWF	(Analysis Work File) Arbeitsdatei zu Analyse Zwecken von Europol
BA	Bundesanwaltschaft
BFM	Bundesamt für Migration
BKP	Bundeskriminalpolizei
BLZ	Bundeslagezentrum
BM	Betäubungsmittel
BPI	Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme
BSD	Bundessicherheitsdienst
CCPD	Polizei- und Zollkooperationszentrum
CEPOL	Europäische Polizeiakademie
CODIS	Combined DNA Index System
DAP	Dienst für Analyse und Prävention
DNA	Desoxyribonucleic acid
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
ELD	Elektronische Lagedarstellung
Eurodac	Datenbank der Dublin-Staaten
Europol	Europäisches Polizeiamt
EZ	Einsatzzentrale fedpol
FIT	Fingerprint Image Transmission
FIU	Financial Intelligence Unit
FRAUDE	Datenbank über gefälschte Dokumente
GAFI	Groupe d'action financière
HOOGAN	Elektronisches Informationssystem zur Bekämpfung von Gewalt bei Sportveranstaltungen
IDK	Identitätskarte
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
Interpol	Internationale kriminalpolizeiliche Organisation
IP	Interpol
IPK	Internationale Polizeikooperation
IPAS	Informatisiertes Personennachweis-, Aktennachweis- und Verwaltungssystem des Bundesamtes für Polizei
ISA	Informationssystem Ausweisschriften
ISO	International Organization for Standardization

Abkürzung	Name
IT	Informationstechnologie
Janus	Elektronisches Informationssystem der Bundeskriminalpolizei
KILA	Koordinationsstelle Identitäts- und Legitimationsausweise
KOBIK	Nationale Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität
KSMM	Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschen schmuggel
MELANI	Melde- und Analysestelle Informationssicherung
MoU	Memorandum of Understanding
MROS	(Money Laundering Reporting Office Switzerland) Meldestelle für Geldwäscherei
NFIP	National Football Information Point
NPF	Neue Personenfahndung
N-SIS	Nationaler Teil des Schengener Informationssystems
ORMA	Geschäftsverwaltung der BKP
PCC	Polizei kooperationskonvention
PICC	(Police Information and Coordination Centre) Polizei Informations- und Koordinationszentrum
POLDOK	Archivierung und Dokumentation fedpol
PPS	Planung, Projektsteuerung und Standardisierung
PWGT	Police Working Group on Terrorism
RAILPOL	Netzwerk der europäischen Bahnpolizeien
RIPOL	Automatisiertes Personen- und Sachfahndungssystem
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SINDEC	Stab für internationale Entwicklung und Krisenmanagement
SIRENE	Supplementary Information Request at the National Entry
SIS	Schengener Informationssystem
SOGE	Sonderstab Geiselnahme und Erpressung
SPOC	Single Point of Contact
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
VIN	Vehicle Identification Number
Vulpus	Nachrichtensystem der Polizei
WLAN	Wireless Local Area Network
ZKM	Zentralstelle Kriegsmaterial
ZSW	Zentralstelle Waffen

**RECHENSCHAFTSBERICHT 2008**

BUNDESAMT FÜR POLIZEI    Telefon +41 (0)31 323 11 23  
FEDPOL    info@fedpol.admin.ch  
CH-3003 Bern    www.fedpol.ch

